

EDEN

DAS
BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 1 März 2003

Inhaltsverzeichnis

- 3 Editorial
Aus dem Bush geklopft



- 4 Krieg gegen Irak
Der furchtbare Anfang vom
langsamen Ende

- 10 Regierungsrat
Für ein griffiges
Waffengesetz

- 11 Kantonsrat
Erfolge der Alternativen
Fraktion in der Deponiefrage

- 12 Freie Wähler Menzingen
Der freiwillige Abschied von
der grossen Freiheit

- 13 Klartext zur SVP
Mit Unmoral zum
Wahlerfolg



- 14 Kantonaler Richtplan
Lebensqualität vor Gewinn-
maximierung

- 17 Referendum Nordzufahrt
Kurze Wege, lange Strassen



- 21 «Strom ohne Atom» und
«Moratorium Plus»
2003: Das Jahr des
Ausstiegs

- 22 «Ja zu fairen Mieten» und
Mietrechtsrevision
Wer soll das bezahlen?

- 23 «Gesundheitsinitiative»
Gesundheit muss
bezahlbar bleiben

- 24 WEst
Nein zur Privatisierung von
Wasser und Strom

- 25 Erwerbslosigkeit in Zug
Schwere Jobsuche

- 26 Serviceteil
Buch
Veranstaltungen
Verein DAS BULLETIN
Impressum



Aus dem Bush geklopft

Als ich vor rund zwei Monaten vom Journalisten einer Lokalzeitung zur Vernehmlassung der SGA zum neuen kantonalen Richtplan befragt wurde, wies ich darauf hin, dass wir zwar eine umfangreiche und detaillierte Stellungnahme vorbereiten, aber das Ganze nur ganz «schüst» schaffen werden (siehe Seite 14). Die Ölpest in Galizien hatte das globalisierte Zug – der viert- oder fünftgrößte Ölhandelsplatz der Welt – eingeholt und unsere Solidarität mit hunderttausenden von Opfern der Ölpest war selbstverständlich.

«Sie müssen Lokalpolitik machen, Herr Stuber», mahnte der Journalist. «Das ist Lokalpolitik. Sie kann sich im Zeitalter der globalen Vernetzung nicht auf sich selbst beschränken. Wir müssen unsere Verantwortung der Welt gegenüber wahrnehmen», entgegnete ich.

Resultat war die grösste Demo fortschrittlicher Kräfte in Zug seit Jahrzehnten. Unser Ziel, für die Opfer der Ölpest eine substanzielle Hilfeleistung aus Zug herauszuholen und die mitverantwortliche Firma dazu zu bringen, diese Mitverantwortung anzuerkennen, haben wir (noch) nicht erreicht. Die Zuger Bürgerlichen haben gemauert. Unter anderem mit dem Argument, dass solche Schrott-Tanker über internationale Massnahmen aus dem Verkehr gezogen werden müssten. Es waren dann teilweise die gleichen Politiker von CVP und SVP, welche die Motion der Alternativen Fraktion für eine entsprechende Standesinitiative im Kantonsrat bodigten. Diese politische Verlogenheit erzeugt Empörung und Wut.



Positiv globalisiert: Die neue Alternative Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Von links: Patrick Cotti, Urs E. Meier, Lea Zehnder, Stefan Hodel, Patrick Steinle, Martin Stuber, Marianne Zehnder.
Fotomontage Stefan Gisler

Dasselbe erzeugt auf einem höheren Niveau zurzeit die US-Regierung. Die Verlogenheit ihrer «Argumente» für die blutige Invasion des Iraks ist wesentlich mitverantwortlich für die weltweite Wut, Trauer und Empörung. Die Diktatur Saddams war lange Zeit das US-Liebkind unter den arabischen Regierungen. Jahrzehntlang duldet oder unterstützte Washington die blutigsten Schandtaten dieses Regimes. Dies in vollem Wissen der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen.

Erst mit der Invasion Kuweits verscherzte es sich Saddam mit den US-Mächtigen. Diese schlugen einen anderen Kurs ein im Nahen Osten.

Vielen ist klar, dass die nicht mehr existierenden Massenvernichtungswaffen und der «Kampf gegen den Terrorismus» nur Vorwände sind. Die US-Aussenpolitik hat eine lange Tradition der engen Zusammenarbeit mit übelsten Diktaturen. Es gilt der Spruch eines US-Generals, der nach dem blutigen Putsch von Pinochet in Chile 1973 feststellte: «Pinochet mag ein Hurensohn sein, aber er ist unser Hurensohn.» Und wenn der «Hurensohn»

nicht mehr nach der Pfeife Washingtons tanzt, wird er beseitigt. Wenn nötig mit einer Invasion. So geschehen mit Noriega in Panama 1998 (3000 Tote ZivilistInnen), so geschehen in Afghanistan (wo es mit den lange von der CIA und Saudi-Arabien finanzierten Taliban gleich ein ganze Bande von «Hurensohnen» waren) und jetzt aktuell im Irak.

Dies hat nun endlich zu einer machtvollen «preemptive action» der KriegsgegnerInnen geführt. Der Krieg konnte zwar nicht verhindert werden, aber der Druck wächst. In der Schweiz ist dieser Druck auf den Bundesrat dringend. Lippenbekenntnisse paaren sich nämlich wie gehabt mit kleinkrämerischem Lavieren. Die Rüstungszusammenarbeit mit kriegführenden Nationen muss sofort gestoppt werden (F/A-18 Teile etc.). Wer weiss – ohne die machtvollen Demos in Bern hätte der Bundesrat vielleicht sogar die Überflugsrechte gegeben.

Bleiben wir dran, schaffen wir auch in der Schweiz eine mächtige Friedensbewegung.

Martin Stuber, Kopräsident SGA

Der furchtbare Anfang vom langsamen Ende

«Wie die Geschichte gezeigt hat, kannst Du die mächtigste Bewaffnung in der Welt besitzen, aber wenn Deine Ziele und Beweggründe nicht rechtens sind, wird die Katastrophe unausweichlich sein.»

Zitat aus dem Rücktrittsschreiben des republikanischen Vorsitzenden von Boone County, Missouri, Jack Walters, datiert vom 8. März 2003.

Martin Stuber, Kopräsident SGA – Bilder BULLETIN und ZP (Christof Borner-Keller)

Dank dem bei uns leider viel zu wenig bekannten US-Kinofilm «Wag the dog»^{*1)} fällt es leichter, die öffentlichen Aktivitäten der Bush-Administration zu verstehen und richtig zu interpretieren. In dem Film wird gezeigt, mit welchen Methoden ein wegen eines Sexskandals mit einer Minderjährigen kurz vor den Wahlen angeschlagener US-Präsident mit skrupellosem, aber geschicktem Umgang mit den Medien seinen Kopf noch aus der Schlinge zieht. Der Film erzählt zwar eine fiktive Geschichte, aber er zeigt die Methoden und Mechanismen der US-Medien umso präziser. Ironischerweise entstand der Film vor dem Platzen von «Monicagate» (Lewinskys Kleid mit Clintons Spermafleck), was ihn umso glaubwürdiger macht.

Was machte Clinton auf dem Höhepunkt der Lewinsky-Affäre? Er trat vor das US-amerikanische Volk – gleich wie Bush am 18. März – und gab die massivsten Bombardierungen Iraks seit dem Golfkrieg bekannt. Sie waren weder von der UNO legitimiert noch durch irgendwelche «Machenschaften» Saddam Husseins «begründet». Tausende von völlig unschuldigen Irakern mussten für diesen Terrorakt, der als mediales Ablenkungsmanöver diente, mit ihrem Leben zahlen. Clintons illegitimer Nachfolger George

W. Bush hat es einfacher. Die 19 Attentäter vom 11. September lieferten – ob nun mit oder ohne Zutun von US-amerikanischen oder befreundeten Geheimdiensten^{*2)} – den furchtbaren medialen Rohstoff, um mit einem Schlag und nachhal-



Für den «Krieg gegen den Terrorismus» missbraucht. Aber ausgerechnet die New Yorker sind grossmehrheitlich gegen die Invasion Iraks.

tig von den riesigen innenpolitischen Problemen seiner Administration ablenken zu können. Denn der ENRON-Skandal erschütterte Bushs persönliche Glaubwürdigkeit bis ins Mark, zu offensichtlich war seine direkte Verstrickung mit den Verantwortlichen des grössten kriminellen Firmenkollapses der US-Geschichte. Und ganz im Gegensatz zur landläufigen Meinung wissen die meisten in den USA, dass Bush die Wahlen eigentlich gar nicht gewonnen hat und nicht rechtmässig gewählt ist. Hinzu kommt die tiefe Wirtschaftsrezession, die sich nach dem Platzen der DotCom-Blase hartnäckig hält.

Ablenken von eigenen Problemen

Bush erklärt also den sogenannten «Krieg gegen den Terrorismus» und dieser liefert den Vorwand, das Land in Angst und Schrecken zu halten und den Fokus nach aussen zu richten, weg von den heimischen Problemen und offensichtlichen Defiziten dieser Regierung. Und auch weg von den vielen ungeklärten Fragen rund um die Attentate vom 11.

September 2001. Die mysteriöse Al-Qaida wird medial zur allgegenwärtigen, mächtigen Terrororganisation aufgeblasen und liefert den Vorwand, um die schon länger geplante Invasion Afghanistans mit Unterstützung der UNO durchziehen zu können. Dort mussten nämlich die mit Geldern vom CIA und von Saudi-Arabien aufgebauten Taliban von der Macht weggebombt werden, nachdem diese eine unerwünschte Eigendynamik entwickelten, nicht mehr bedingungslos nach der Pfeife Washingtons tanzten und erst noch das Land nicht nachhaltig zu «befrieden» mochten.

«It's oil and military»

Womit wir bei den eigentlichen Zielen der gigantischen militärischen Machtentfaltung der US-Regierung waren. So einseitig und so ohne jede Rücksicht auf internationale Verpflichtungen ist das Vorgehen der US-Regierung, dass wir von einer neuen Epoche sprechen müssen. Geschichte ist immer eine Konstellation verschiedener Faktoren und der geschilderte innenpolitische Nutzen der Ablenkung ist sicher ein Teil der Motivation, aber nicht der eigentlich treibende Faktor für all das, was wir aussenpoli-



Kofi Annan: «Die Inspektoren haben mehr Massenvernichtungswaffen zerstört als alle Bombardements seit 1991.»

tisch in den letzten zwei Jahren von Bush&Co erlebt haben und wohl noch erleben werden.

In einem Interview berichtet Jean Ziegler, wie er kürzlich als UNO-Sondergesandter an einem Essen mit dem Herausgeberstab der New York Times teilgenommen hat. Am Schluss möchte er von diesen grauen Eminenzen des US-Establishments noch wissen, was diese von der Bush-Administration halten. «It's oil and military.» lautet die ebenso kurze wie simple Antwort

Einfache Antworten sollten in solchen Fällen misstrauisch machen. Aber es



«Oil and Military» – Schon Papa Bush zählte auf Dick Cheney und Colin Powell.

gibt zum Glück das Internet, dieses geniale Instrument, das einem kleinen Amateur erlaubt, von zu Hause aus ausgiebig zu recherchieren. Nach einigen Wochen Surfen festigt sich die Erkenntnis: tatsächlich – Öl und Gas und dazu das Militär. Diese dienen nicht nur den eigenen wirtschaftlichen Bedürfnisse, sondern vor allem als globales Herrschaftsinstrument.

Der US-Imperialismus will das Öl und Gas der Welt selber und möglichst unmittelbar in die Finger bekommen und so die Versorgung kontrollieren. Die US-Mächtigen sind sich dessen völlig bewusst und sie wissen auch ganz genau, welche geostrategische Bedeutung das ganze hat: das aufstrebende China und in einem geringeren Mass Indien (beide atomar bestückt) mit ihrem gigantischen Wirtschaftspotential und Bevölkerungsreichtum müssen langfristig in Schach gehalten und auf dem ihnen zu-

gedachten Platz innerhalb der internationalen Arbeitsteilung gehalten werden.

Besonders in China ist heute schon offensichtlich, was auf dem Spiel steht. Bereits ist ein Teil der industriellen Fertigung von US-Firmen nach China ausgelagert (vor allem im elektronischen Sektor) und der Trend ist enorm: die Arbeitskosten und der sprichwörtliche chinesische Fleiss sind ja nicht nur für das US-Kapital verlockend. Zugleich ist es ein Markt mit einem unglaublichen Potenzial. China und Indien alleine zählen zusammen über zwei Milliarden EinwohnerInnen. Dieses Potential für die eigene Profitmaschinerie zu erschliessen, ohne die beiden Länder zu übermächtigen Konkurrenten aufsteigen zu lassen – darum geht es letztlich.

Die anderen in Schach halten ...

Der sogenannte Raketenschutzschild, den die Bush-Regierung installieren will, ist das Mittel, um die eigene atomare Bewaffnung wenn nötig als Drohmittel einsetzen zu können. Die Langstreckenraketen von Russland, China und zunehmend auch Indien sind den USA gegenüber unwirksam, wenn die USA sie abfangen kann. Dann gibt es de facto auf globaler Ebene nur noch eine Atommacht – die USA. Das einzige Land, das bisher diese Atombombe schon zweimal eingesetzt hat.

... den Energiehahn fest im Griff ...

Im «daily business» wirtschaftet es sich aber besser, wenn nicht solche drastischen Mittel eingesetzt werden müssen. Die Energieversorgung ist der Schlüssel zur Macht. Wie sonst liesse sich das grosse Interesse der USA an Afghanistan erklären. Afghanistan hat zwar im Norden selber fossile Energievorkommen, die sind aber nicht so bedeutend. Was zählt sind die letzten, noch nicht erschlossenen



grossen Vorräte an Öl und Gas, die im Boden Zentralasiens schlummern.

Als Folge des Auseinanderbrechens der Sowjetunion verschwand nicht nur der einzige ernstzunehmende militärische Gegner der USA, sondern die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan erlangten formale Unabhängigkeit.

... auch in Zentralasien ...

In seinem äusserst lesenswerten und brillant geschriebenen Buch «Jihad – The Rise of Militant Islam in Central Asia» schreibt der pakistanische Journalist Ahmed Rashid: «Die US-Ölfirmen gehörten mit zu den ersten grossen internationalen Gruppen, welche die Bedeutung der Region erkannten. Noch bevor die Vereinigten Staaten ihre Botschaften in den neu entstandenen Republiken eingerichtet hatten, waren die wichtigsten US-Ölfirmen schon da und versuchten, sich ein Bild vom Energiepotenzial der Gegend zu machen – angestachelt von den schon bekannten frühen Öl- und Gasfunden durch Chevron in Kasachstan.» *3)

Das Problem mit diesen riesigen fossilen Energiereserven ist der Zugang. Um sie an den indischen Ozean zur Verschiffung oder direkt nach Indien zu bringen, muss Afghanistan durchquert werden. Daher das US-Interesse an diesem Land. Den Kampf um die Kontrolle darüber bezeichnet Rashid in Anlehnung an das damalige Ringen zwischen dem russischen Zarenreich und der britischen Kolonialherrschaft um die Kontrolle über das strategisch günstig gelegene Afghanistan als «the new great game». *4)

Auf Websites asiatischer Zeitungen (zum Beispiel Asia Time online: www.atimes.com) gelten diese Zusammenhänge selbstverständlich und Afghanistan hat den Übernamen «Pipelineistan».

... und im Kaukasus

Zu den unerschlossenen Ressourcen in Zentralasien kommen die bereits seit langem ausgebeuteten in und rund um das kaspische Meer. Der unglaublich brutal geführte Krieg Russlands in Tschetschenien hat übrigens denselben Hintergrund: eine strategisch wichtige Pipeline verläuft mitten durch Tschetschenien. Ziel ist auch dort ein «freier», das heisst nicht durch ein selbständiges Tschetschenien gestörter Zugang zu den kaukasischen Ölreichtümern.

Eine Stunde Kartenstudium reicht, um den geostrategischen Hintergrund der imperialistischen Invasion Iraks zu erfassen. Das sieht auch die «NZZ» so. In einem Artikel ihres Nahostkorrespondenten Viktor Kocher (wahrscheinlich der leenswerteste Schweizer Journalist wenn es um den Nahen Osten geht – ein würdiger Nachfolger Arnold Hottingers) vom 1. März lesen wir: «Wenn Amerika einmarschiert, kommen die Iraner auf jeden Fall in Schwierigkeiten: Bei einem günstigen Kriegsverlauf und einem raschen Übergang zu einer US-freundlichen Regierung in Bagdad fügt sich das letzte Glied in einen Belagerungsring von US-Truppen rund um den Iran; er reicht schon jetzt von der Kriegsflotte im Persischen Golf über Pakistan und Afghanistan bis nach Zentralasien und in die Türkei.»

Das Regime in Saudi Arabien wankt

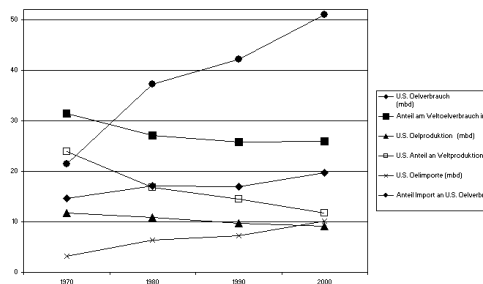
Schliesslich sind da noch die Ölquellen im Irak und am persischen Golf – vor allem in Saudi Arabien. Die Diktatur in Saudi Arabien wankt. Es gibt einen wenig bekannten, nach dem Ende des 2. Weltkrieges abgeschlossene Vertrag zwischen dem saudischen Königshaus und den USA, der diesen den Zugang zum saudischen Öl garantiert, während die massive US-Militärpräsenz die Herrschaft der Saudi-Diktatur absichert. Es

ist unklar, wie lange das noch funktioniert. Ein US-kontrollierter Nachbar Irak hat nicht nur den unschätzbaren Vorteil der direkten Kontrolle über dessen riesige Ölvorkommen. Die USA sind quasi «standby» und haben den Rücken frei, falls das saudische Regime stürzt.

Auch wenn die US-Propaganda mit grossem Aufwand – aber erfolglos – einen Zusammenhang zwischen Saddams Regime und dem 9/11-Attentat konstruiert hat, weiss die Bush-Administration doch sehr genau, dass 15 von 19 Attentätern aus Saudi Arabien stammten. Wahrscheinlich gibt es in Washington auch schon Pläne für einen präventiven Regimewechsel in Riad – natürlich unter dem Vorwand der «Demokratisierung».

USA am Öltropf

Schmeckt alles doch zu viel nach Öl? Wir investieren nochmals einen Abend auf dem Internet und finden die gesuchten Strategiepapiere einflussreicher US-Thinktanks zur weltweiten Energieversorgung ziemlich schnell. Das unten stehende Diagramm zeigt eindrücklich, dass sich nach 1970 neben dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes und der daraus folgenden militärischen Alleinherrschaft der USA noch etwas anderes, strategisch bedeutendes geändert hat. Die Abhän-



US-Ölstatistik 1970-2000.

Zug vermittelte 1991 Waffen an Saddam Hussein

Es stand im SGA-Bulletin Nr. 1 von 1991: Auch von Zug aus wurde mit der Diktatur Saddam Husseins Geld erwirtschaftet. Es ging damals um Mittelstreckenraketen mit 7 Mal grösserer Reichweite als die zerstörten al-Samud und um eine besonders grässliche «konventionelle» Bombe (FAE: Fuel Air Explosives). In den Skandal verwickelt war der damalige Sekretär des Zuger Gewerbeverbandes, der später wegen einer anderen Affäre zurücktreten musste.

Unsere Interventionen im städtischen Parlament und im Kantonsrat hatten zwar keine rechtlichen Wirkungen, aber die lichtscheuen Waffenhändler liquidierten bald darauf ihre Firmen. *Der Artikel ist nachzulesen auf www.sga-zug.ch/dossier/irak*



gigkeit der USA von Ölimporten ist massiv gewachsen. Inzwischen wird mehr als die Hälfte des US-Ölverbrauchs durch Importe gedeckt. Und das in einem Land, dessen Infrastruktur wie kein zweites auf Erdöl aufgebaut ist. Das sind sich die US-amerikanischen Strategen sehr wohl bewusst.

Und so geht es eben doch auch um die direkte Kontrolle der eigenen Ölversorgung. Dabei ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass es um eine direkte Kontrolle geht. Die Ölproduzenten wollen ja ihr Öl verkaufen, sie sind angewiesen auf diese Einnahmen. Es geht also nicht einmal in erster Linie um die Versorgungssicherheit, sondern um die Diktierung der Bedingungen und den langfristigen Ölpreis. Das ist übrigens auch der Grund für die Haltung Russlands. Deswegen Wirtschaftsaussichten bauen wesentlich auf die Ausweitung der Ölexporte. Ein US-kontrollierter Irak mit erhöhter Ölproduktion drückt den Ölpreis, was nicht im Interesse der russischen Öl- und Gas-Oligarchen liegt.

Das alles und noch mehr ist gemeint, wenn die vorwiegend älteren graublauen Herren aus der Bush-Administration und die aus dem Ölbusiness stammende Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice von den «vital interests of the USA» sprechen. Der Irak ist nicht zufällig ausgewählt. Der fundamentalistische, christliche Messianismus von Bush spielt nur eine marginale Rolle. Es steckt eine langfristige Strategie dahinter. Die Ziele sind klar. Der Irak ist für die USA zu wichtig in diesen strategischen Plänen. Und die Verlockung ist zu gross, in diesem Land nach dem gewaltsamen Sturz des Saddam-Regimes, die Kontrolle zu übernehmen.

Schneller Erfolg über schwaches Land

Vergessen wir nicht – Saddams Regime ist stark geschwächt nach 12 Jahren Embargo und zwei verlorenen Kriegen mit enormen Verlusten an Menschen und Material (der Krieg gegen den Iran sowie der erste Golfkrieg). Die Kriegstreiber

Es gibt «die Amerikaner» nicht

Es ist ein Ausdruck des Unverständnisses und der Unkenntnis des amerikanischen Kontinents, wenn immer die Rede von «den» Amerikanern ist. Die USA nimmt zwar flächenmässig einen ansehnlichen Teil des nordamerikanischen Halbkontinents ein. Kanada ist grösser, wenn es auch nur einen Zehntel der US-Bevölkerung zählt. Der Begriff Nordamerikaner trifft es also auch nicht, wenn die Rede von den US-Amerikanern ist – manchen in Kanada dürfte es keine grosse Freude bereiten, einfach so unter den USA subsumiert zu werden. Was übrigens ein grösseres europäisches Publikum seit dem Film von Michael Moore «Bowling for Columbine» wissen sollte. Wir benutzen also konsequent den Begriff US-Amerikaner. Zur Nachahmung empfohlen.

der Bush-Administration rechnen fest mit einem schnellen Erfolg.

Die weltweite Friedensbewegung ist extrem wichtig, um diese neue Phase der direkten und unilateralen militärischen Durchsetzung der Interessen des US-Imperialismus zu behindern und abzubremesen. Stoppen kann ihn nur das US-amerikanische Volk selber. Eine Voraussetzung dazu ist die weltweite Friedensbewegung, die in die USA hineinwirkt. Sie ist wichtig, um die propagandistische Zange der gleichgeschalteten grossen US-Medien zu lockern.

Diese Wirkung kann die weltweite Friedensbewegung aber nur entfalten, wenn sie der Versuchung eines billigen «Anti-Amerikanismus» widersteht. Bush braucht für die mediale Inszenierung seiner Aktionen mindestens den Anschein von Unterstützung in der Welt draussen und vor allem von Europa. Das ist die Bedeutung des britischen Premiers Tony Blair. Auf die britischen

Soldaten können die USA leicht verzichten (sie machen sich ja sogar lustig über die ungenügende Ausrüstung der Briten). Aber Blair ist für Bush unverzichtbar, um seinen Leuten zu sagen: schaut, wir sind nicht allein, wir kämpfen für eine gerechte Sache. Wenn die Regierung Blair in den kommenden Wochen fallen sollte, wird dies Bushs Stellung im Propagandakrieg an der «Heimfront» schwächen.

Fragile Umfragemehrheit

Auf dem Internet lässt sich nachlesen, wie in den USA Meinungsumfragen «engineered» – frei übersetzt: «zurechtgebogen» – werden (<http://www.counterpunch.org/dean02262003.html>).

Und doch brauchte es den ganzen riesigen propagandistischen Aufwand gleichgeschalteter Medien, um wenigstens halbwegs akzeptable Umfrageergebnisse für den Krieg zu bekommen. Zentral sind hier die elektronischen Medien und da vor allem die rechtsgerichteten und zunehmend rassistischen Radio-Talkshows in ländlichen Gebieten und die beiden Newssender CNN und FOX, die in einem harten Konkurrenzkampf stehen. Sie haben ein eminentes Interesse daran, ständig Spannung erzeugen zu können, um hohe Einschaltquoten zu erreichen. Da ist Krieg und dessen Vorbereitung ein Geschenk vom Himmel. FOX gehört übrigens dem extrem reaktionären Medienzaren Rupert Murdoch, von dem man weiss, dass er direkten Einfluss auf die ideologische und politische Ausrichtung seiner Medien zu nehmen pflegt.

Ein besonders krasses Beispiel für die Wirkung der Propagandawalze ist folgendes Umfrageresultat: über 50 Prozent der US-BürgerInnen glauben allen Ernstes, dass Saddam Hussein hinter dem Attentat vom 11. September steht.

Die Bush-Administration zog alle Register um schliesslich doch wenigstens

im eigenen Land eine Umfragemehrheit für den Krieg zu bekommen. So diente zum Beispiel Colin Powells Auftritt im Sicherheitsrat in erster Linie der internen Propagandamaschinerie – tagelang wiederholten die Networks seine Präsentation zu den besten Sendezeiten. Überall die Fehler, erwiesenen Lügen und Erfindungen in seiner Präsentation, die sehr schnell entlarvt wurden, erfuhr die US-Bevölkerung hingegen fast nichts.

Wie lange die mehrheitliche Kriegesunterstützung anhalten wird, weiss niemand – aber irgendwann wird die Wahrheit über diesen Krieg auch in den USA breiter bekannt werden und wirken.

Friedensbewegung totgeschwiegen

Lange Zeit wurde die überall im Land entstehende und schnell wachsende Friedensbewegung totgeschwiegen – auch in unseren Medien übrigens, die zwar über jeden Rülpsler und Furz der Bush-Administration ausführlich berichten, aber über das, was in diesem grossen, vielfältigen Land mit 300 Millionen EinwohnerInnen tatsächlich vor sich geht, vergleichsweise wenig bis nichts zu schreiben wissen. Es brauchte die riesige Demo in Washington vom 25. Januar, die über 200 000 Leute mobili-



«Oh, klar, Du hast natürlich immer diese Randerscheinungen.»

Jim Borgman

sierte, damit diese Informationsblockade durchbrochen wurde. Sinnbildlich dafür steht die New York Times, die erst nach diesem denkwürdigen Samstag

wenigstens auf der Kommentarseite nun abwechslungsweise Kriegsgegner und Kriegsbefürworter abdruckte. Es hat



US-Cartoons gehören zu den Besten und dienen als Stimmungsbarometer.

Oliphant

Siehe: www.ucomics.com/editorials oder www.borgman.enquirer.com

indirekt auch mit der Friedensbewegung zu tun, dass die Medien bei uns mindestens teilweise angefangen haben, etwas mehr über die Hintergründe des US-Kriegskurses zu berichten.

Bleibt Schröder auf Antikriegslinie?

Und woher nimmt der deutsche Bundeskanzler Schröder den Mut, sich gegen den Kriegskurs der Bush-Gang zu stellen? 85 Prozent der Deutschen sind gegen den Krieg und zeigen das auch auf der Strasse – Schröder hat mit seiner Festlegung gegen den Krieg schliesslich ganz knapp die Bundestagswahlen gewonnen. Wie standhaft die deutsche Regierung in dieser Frage bleibt, wird sich zeigen, respektive dürfte sich beim Erscheinen dieses BULLETINS bereits gezeigt haben durch die Art und Weise der Erfüllung der «Bündnispflichten» Deutschlands. Illusionen haben wir keine. Wer etwa den Innenminister Otto Schily hört, wie er sich der engen Freundschaft mit einem John Ashcroft rühmt (im ARD, 10.3.2003), kann nur allergrösstes Misstrauen haben. US-Innenminister Ashcroft ist ein würdiger Nachfolger des Kommunistenfresser McCarthy.

Was sind Chiracs Motive?

Über die Motive von Chirac kann nur spekuliert werden. Hat die Elite der einstigen Kolonialmacht Frankreich begriffen, dass der US-Anspruch auf Alleinherrschaft gebremst werden kann – auch im eigenen langfristigen wirtschaftlichen Interesse? Hand in Hand mit dem spektakulären Schwenk der französischen Diplomatie gehen die unmittelbaren eigenen Ölinteressen im Irak (Total-Fina-ELF).

«Es gibt viel mehr von uns als von Ihnen»

Wie auch immer – die von Regierungen und Regierungsparteien unabhängige Antiglobalisierungsbewegung steht vor ihrer grössten Herausforderung. Klaren Kopf behalten, gemeinsam und phantasiervoll agieren, den Mut nie verlieren und sich immer wieder an den vielleicht naiven, aber eben doch wahren Spruch von Michael Moore (Regisseur von «Bowling for Columbine») halten: «Es gibt viel mehr von uns als von Ihnen.»

Wir alle haben es in der Hand, dass der März 2003 als der furchtbare Anfang vom langsamen Ende des US-Imperialismus in die Geschichte eingehen wird. ■

Infos zum Irak-Krieg und den Friedensaktionen im Kanton Zug auf www.sga-zug.ch/dossier/irak

*1) «Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt», 1997, Regie: Barry Levinson, HauptdarstellerInnen: Dustin Hoffmann, Robert De Niro und Anne Héche.

*2) Der deutsche Journalist Matthias Bröckers hat Hintergründe und Widersprüchlichkeiten des Attentats vom 11. September 2001 dokumentiert. Er kommt zum Schluss, «dass ein Regime verrückter Petronazis das weisse Haus geentert hat und 9/11 in Kauf nahm, um seine Macht mit dem «war on terror» national und international zu zementieren. (Der Artikel ist dokumentiert im Irak-Dossier auf www.sga-zug.ch/dossier/irak).

*3) Ahmed Rashid, «Jihad – The Rise of Militant Islam in Central Asia», 2002, Yale University Press, New Haven (S. 189).

*4) Ahmed Rashid, «Taliban – The Story of the Afghan Warlords», 2001, Pan Books, London



Für ein griffiges Waffengesetz

Zugs Regierungsrat hat in seiner Vernehmlassungsantwort ein Waffengesetz gefordert, das in einigen Punkten über den Entwurf des Bundes hinausgeht.

Hanspeter Uster, Regierungsrat, Baar

Der Bund will das noch nicht vor allzu langer Zeit verabschiedete Waffengesetz revidieren. Der Entwurf sieht immer noch eine Reihe von Ausnahmen für Schützen und Jäger vor. Bevor die Zuger Regierung in seiner Vernehmlassung auf Einzelheiten eingegangen sind, hat er die grundsätzliche Stossrichtung definiert, die ein griffiges Waffengesetz erfüllen muss.

Drei Grundsätze

Erstens sollen gewisse Waffen ohne Wenn und Aber verboten sein. Der Entwurf des Bundes ist diesbezüglich zu begrüssen, insbesondere auch bei der sogenannten Pump Action. Es ist nicht erklärbar, weshalb eine dermassen gefährliche Waffe in private Hände gelangen soll.

Zweitens sollen die wenigen Waffen, die überhaupt noch erlaubt sind, nur unter ganz strengen Voraussetzungen erworben und übertragen werden können. Die Möglichkeit ihrer Übertragung, beziehungsweise ihres Erwerbs soll unter eine restriktive Bewilligungspflicht fallen, die nicht durch eine grosszügige Ausnahmepaxis relativiert wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Bewilligungspflicht neu auch für die Übertra-



Wahrscheinlich im Spielsalon. Szene aus Michael Moores oskargewonnenem Film «Bowling for Columbine».

gung einer Waffe zwischen Privaten gilt. Das heutige Gesetz krankt daran, dass es für diese Art von Waffenhandel keine Bewilligungspflicht verlangt.

Drittens sind alle Vorschriften nur dann etwas wert, wenn sie auch vollzogen werden. Deshalb muss ein Waffengesetz daran gemessen werden, inwieweit die vollziehenden Behörden wirksam prüfen können, ob die Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Diesen drei Grundsätzen folgten wir bei der Vernehmlassung. Das bedeutet im Prinzip die gleichen Einschränkungen für alle Waffenbesitzer, also auch für Jäger und Schützen, für die der Entwurf des Bundes immer noch gewichtige Ausnahmen vorsieht. Wer das Waffengesetz verschärfen will, muss diese Lücke schliessen, denn sonst würden jene, die unbedingt eine Waffe wollen, auf den unvollständig regulierten Bereich der Jagd und des Schiesssports ausweichen.

Waffe trotz Verurteilung?

Auch wer wegen eines Verbrechens verurteilt worden ist, kann heute einen Waffenerwerbsschein erhalten. Das will der Bund ändern. Eine einmalige Verurteilung wegen eines Verbrechens soll für die Verweigerung der Bewilligung genügen, bis der Strafregistereintrag gelöscht wird. Pro Tell, die Organisation der Waffenlobby, geht das zu weit. Doch für die Zuger Regierung ist klar, dass es noch strengere Regeln braucht. So soll jemand mit krimineller Vergangenheit nur noch zu einem Erwerbsschein kommen, wenn er ein besonderes Bedürfnis nachweisen kann.

Gefährdung durch Waffen verhindern

Das neue Gesetz muss es den Behörden künftig ermöglichen, genau abzuklären, ob die Voraussetzungen für eine Bewilligung erfüllt sind. Personen, bei denen Grund zur Annahme besteht, dass sie sich selbst oder Dritte mit der Waffe ge-

Ordonnanzwaffe ins Zeughaus

Solange sich die Schweiz eine unsinnige Armee leistet, welche den Bundesrat an einer konsequenten Friedenspolitik hindert, werden Schweizer Wehrleute ihre persönliche Waffe haben. Mit der gesellschaftlichen Individualisierung wird die soziale Kontrolle über das, was Wehrmänner mit ihrem Gewehr zu Hause anstellen, immer schwächer. Noch entscheidender aber ist die folgende Logik: Die persönliche Waffe, in der Armee früher die «Braut des Wehrmanns» genannt, verkörpert die Verbindung von Waffe und Würde, die unter anderem im Zuger Kantonsrat zur furchtbaren Tragödie führte. Diese Verbindung muss gekappt werden. Zum Beispiel indem die persönliche Waffe im Zeughaus versorgt wird. *Josef Lang, Kantonsrat SGA*

fährden, dürfen in keinem Fall einen Erwerbsschein erhalten. Der Revisionsentwurf des Bundes schafft die gesetzliche Grundlage für eine zentrale Datenbank, die unter anderem Auskunft über den Entzug von Bewilligungen und die Beschlagnahme illegal erworbener Waffen gibt. Während dies Pro Tell und der SVP zu weit geht («Fichierung»), hält der Regierungsrat eine Datenbank für den Vollzug des Gesetzes unerlässlich.

Waffen wie Autos behandeln

In der Datenbank müssten alle Waffenkäufe und Waffenbesitzer registriert werden. Denn Waffen sind höchst gefährliche Güter, weshalb man wissen muss, wer über Schusswaffen verfügt. Abgesehen davon sind heutzutage alle, die ein Auto eingekauft haben, registriert. Was fürs Auto gilt, muss für die wesentlich gefährlicheren Schusswaffen erst recht gelten. Das Problem der Ordonnanzwaffe wird im neuen Recht nicht angepackt (siehe auch Kasten). ■

Erfolge der Alternativen Fraktion in der Deponiefrage

Zur Hälfte neu ist die achtköpfige Alternative Fraktion im neu gewählten Kantonsrat. Die zwei neuen Kantonsrätinnen Lilian Hurschler, Risch, und Berty Zeiter, Baar, sowie die neuen Kantonsräte Christian Siegwart und Martin Stuber, beide Zug, kommen in den BULLETIN-Ausgaben 2003 zu Wort.

Von Lilian Hurschler-Baumgartner, Gleis 3, Gemeinde Risch

Als ich angefragt wurde, für den Kantonsrat zu kandidieren, habe ich nicht lange überlegen müssen. Der Wahlkampf war sehr spannend. Ich sagte mir: Egal, ob du gewählt wirst oder nicht, es ist eine sehr intensive Zeit, eine Gelegenheit, viel Neues hinzuzulernen und viele interessante Menschen kennenzulernen.

Viel Papier

Nun bin ich also Kantonsrätin und seit dem 20. Dezember 2002 im Amt. Die Vereidigung in der St. Oswaldskirche war ein sehr feierlicher Moment, der mir sicher noch lange in Erinnerung bleiben wird. Es ist sehr viel Post, die ich seit meinem Amtsantritt mit der Anschrift «Kantonsrätin» erhalte – zum Glück bin ich eine richtige Leseratte.

Furioser Start

An der ersten normalen Sitzung im Januar gings dann gleich richtig los. Eigentlich hatte man mir gesagt, dass sich die Neuen normalerweise am Anfang noch etwas zurückhalten, aber schon bei unserer Fraktionsitzung wurde klar, dass dies in einer kleinen Fraktion nicht möglich ist. Da zählt jede und jeder, da braucht es von Anfang an von allen viel Engagement. Das finde ich auch gut so. Ich möchte eine aktive Kantonsrätin

Lilian Hurschler-Baumgartner

Geb. 1975, aufgewachsen in Bönigen BE, seit 1998 in der Gemeinde Risch

Beruf: Familienfrau, Primarlehrerin, Katechetin, Kantonsrätin

Das mag ich: Kinder, spannende Gespräche, berufliche und private Herausforderungen, Ehrlichkeit, Campingferien, Lasagne und Wasser, Früchte, frische Luft, leuchtende Farben

Das mag ich nicht: Gewalt, Krieg, Rassismus, Mobbing, Vorurteile, Lärm, Autos, stinkiger Käse, dicke Luft

Hobbys: Velo fahren, mich in der Natur aufhalten, Politik, Volleyball spielen, lesen, tanzen, Freundschaften pflegen

sein, nicht nur zuhören, sondern eben auch mitreden. An dieser Januar-Kantonsratssitzung hiess es also, den Sprung ins kalte Wasser wagen.

Für das Tanklager Risch wollte ich die Bewilligung nur unter der Bedingung erteilen, wenn gleichzeitig eine Ostumfahrung realisiert würde. Ich wurde dann belehrt, dass man entweder für etwas oder gegen etwas einen Antrag stellen kann, dazu aber keine Bedingungen knüpfen kann. Beim Bodenhof ging ich als Erste nach vorne, um im Namen des Gemeinderates, der Umwelt- und der Baukommission der Gemeinde Risch den Antrag zu stellen, auf diesen Standort zu verzichten. Jacques Clerc und Daniel Burch (beide Kantonsräte der Gemeinde Risch) unterstützten mich und sprachen sich auch dagegen aus (im Zeitungsartikel der «Zuger Zeitung» wurden dann allerdings nur diese beiden Männer als Redner erwähnt ...). Nach diesem Antrag stellte ich auch noch einen Antrag zum Standort Langfeld, denn dieser Standort war weder von Fachleuten des Raumplanungsamts noch von der Natur- und Landschaftskommission geprüft worden. Dass wir beim Teilrichtplan Abfall-



Lilian Hurschler-Baumgartner.

deponien zwei Standorte verhindern konnten (Bodenhof in Risch und Seebachtel in Baar) ist für uns ein Erfolg.

Leider verweigert der Kantonsrat mit einem knappen Ratsentschluss (35:32 Stimmen) mit den Stimmen von CVP und SVP die Überweisung der Motion der alternativen Fraktion für eine Zuger Standesinitiative für sichere Öltransporte auf den Weltmeeren.

Vertritt der Kantonsrat das Volk?

Kantonsratstage sind lang. Es ist anstrengend, den ganzen Tag konzentriert zuzuhören, mitzudenken, mitzuentcheiden und mitzureden. Aber es ist auch spannend und herausfordernd. Wenn ich zwischendurch meinen Blick durch den Kantonsratssaal schweifen lasse, überlege ich mir, ob das nun tatsächlich die Vertretung der Zuger Bevölkerung ist: die Mehrheit im Saal ist zwischen 40- und 65-jährig, gehört zu den Bürgerlichen und ist männlich. Es sollten aber alle Interessengruppen im Rat vertreten sein. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch andere Menschen – Frauen, Junge – Lust auf Politik bekommen. ■

Der freiwillige Abschied von der grossen Freiheit

Abschied von der Freiheit, die keine war. Eine Bilanz der Freien Wähler Menzingen nach acht Jahren Politarbeit.

Marianne Aepli, Präsidentin Freie Wähler Menzingen – Bild Henk Roozeboom

Die politische Wende in der eigenen Partei ist zwar ungewöhnlich, bei uns aber an der Generalversammlung Ende Januar eingeleitet worden. Die Ursachen sind vielfältig: die Parteienkonstellation bei der Vereinsgründung, die politische Entwicklung Menzingens, personelle Veränderungen der aktiven Freien Wähler und Wählerinnen. Vielleicht hat sich das Blatt im letzten Herbst bei den Wahlen gewendet, wo wir unseren Kantonsratsstz nicht halten konnten. Vielleicht müsste man unsere Neuorientierung auch als freiwillige Umkehr beim Segelmanöver sehen: Um vorwärts zu kommen, brauchen wir Wind in den Segeln, und den erhoffen wir uns mit besagter Wende.

Rückschau halten

Bis zur diesjährigen GV waren wir Freien Wähler und Wählerinnen wirklich frei. Zwar hatten wir einfache Statuten, wie es in Vereinen üblich ist, ein humanes, offenes Leitbild, so breit gefasst, wie die heutigen Skipisten platt gewalzt sind: Platz für alle.

Und das war gut so – in der Anfangszeit. Es hatte damals mit einer bunt gemischten Trägerschaft begonnen, deren einziges Ziel es war, die langjährige Zweiparteienregierung in unserer Gemeinde zu entfilzen. Mit dem Einzug von zwei Gemeinderäten der Freien Wähler wurde dies verwirklicht. Weitere Ziele mussten definiert werden. Doch Gemeinsames zu gestalten, erwies sich als äusserst schwierig. Unser «wilder Haufen» hatte sich jahrelang zusammengelassen, um eine einheitliche Politik zu ver-



Aktive Freie Wählerinnen und Wähler: Von links, hinten: Hannes Vogel, Pia Rhyner, Maja Locher, Beat Weiss; vorne: Marianne Aepli, Madeleine Roozeboom.

folgen. Wir definierten uns als Dienstleistungsbetrieb für politische Anliegen, als Diskussionsplattform für freie Meinungsbildung. Der Bürger sollte Kunde sein, wir eine mögliche Anlaufstelle, die gegebenenfalls eine öffentliche Auseinandersetzung initiierte. Als politische Gruppierung waren wir schwierig einschätzbar, definiert haben wir uns erst in der achtjährigen Öffentlichkeitsarbeit und politisierten dabei immer deutlicher im alternativen Spektrum.

Wechselwähler hinnehmen müssen

Kurz nach unserer Vereinsgründung entstand in Menzingen erstmals eine Sektion der SVP. Traditionell-konservative Freie Wähler hatten nun dort die Möglichkeit einer Parteienanbindung. In unserer Wählerschaft konnte sich damit die «Spreu vom Weizen» trennen. Das Resultat waren weniger Listenstimmen bei den letzten Wahlen. Alle Regierungsparteien in Menzingen mussten aufgrund der erstmals teilnehmenden SVP Verluste hinnehmen, nur die Freien Wähler hat es den vor vier Jahren knapp gewonnenen Kantonsratsstz ge-

kostet. Das schmerzt. Unser Fazit daraus: Menzingen hat die bürgerlichen Parteien CVP und FDP, sie hat neu im Gemeinderat und im Kantonsrat je einen Vertreter der SVP, somit müssen die Freien Wähler in Menzingen eine Alternative zu diesem «Kuchen» sein.

Inhalte betonen

Je ernster die Freien Wähler in den letzten Jahren politisierten, umso wichtiger wurde der politische Hintergrund – auch für Pia Rhyner, unsere Mandatsträgerin im Gemeinderat. Einsatz für ein gut funktionierendes Sozialnetz und soziale Gerechtigkeit, ein sorgfältiger Umgang mit der Natur im Bewusstsein der Verantwortung für kommende Generationen sowie das Recht der Öffentlichkeit auf breite behördliche Information sind Teile unseres neuen Leitbildes. Ebenso wichtig ist, dass wir Freien Wähler uns zukünftig für klar definierte politische Inhalte einsetzen. An dieser Arbeit wird man uns künftig messen.

Aktuellstes Beispiel ist eine Motion gegen weitere Strahlenbelastung in Menzingen, für die Erstellung eines Strahlenkatasters, für die Kontrolle der Einhaltung von Grenzwerten der hoch- und niederfrequenten Strahlung. Die Motion wird an der Gemeindeversammlung im Juni behandelt. Hängig ist eine Anfrage an den Gemeinderat, mindestens die gemeindlichen Vernehmlassungstexte auf dem Internet zu publizieren. Im Weiteren formulieren wir einen Antrag zuhanden des Gemeinderats, Legislaturziele der Exekutive zu formulieren. Ein Begehren, das letzten Herbst an einer überparteilichen Versammlung geäussert wurde. Zudem nominieren wir Parteilose für Kommissionen und Arbeitsgruppen, soweit sie ihre Politik mit unserem Leitbild vereinbaren können. Frischer Wind weht bei den Freien Wählern in Menzingen, ein notwendiges Wendemanöver, um politisch auf Kurs zu bleiben. ■

Mit Unmoral zum Wahlerfolg

Vergeblich suchen gemässigte Kreise innerhalb der SVP dem Image als «Pfui-Partei» (O-Ton des Berner SVP-Exponenten Weyeneth) entgegenzuwirken. Der Zuger Ableger bewegt sich stramm auf der grobschlächtigen Zürcher Linie, was dem Demokratieverständnis der Zugerinnen und Zuger arg zusetzt.

Toni Kleimann, Kritisches Forum Cham

Politik besteht in erster Linie aus Vorstellungen, wie unser Staat und das Zusammenleben darin organisiert werden sollen. Dieser gestalterische Wille, den Individuen in unserer Gesellschaft Entfaltung und Chancen zu ermöglichen, aber auch Grenzen zu setzen, gründet in Menschenbildern, welche durch Erziehung und Lebenserfahrung ihren Niederschlag finden. Parteien erschaffen so ihre Prinzipien und vermitteln Orientierungshilfen in der politischen Entscheidungsfindung.

Die CVP beruft sich (hie und da) auf christliche Grundwerte, die FDP stellt die Freiheit des Individuums (öfters die Freiheit des Unternehmers) in den Mittelpunkt, die SP pocht auf gerechte Verteilung der Güter und die Alternativen des Kantons Zug kämpfen für Gleichberechtigung und die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen.

Demontage von Werten und Sitten

Und die SVP? Diese Partei symbolisiert für mich seit ihrem Einzug in die Zuger Politlandschaft die Demontage von Werten und Sitten, wie sie nicht selten auch im schulischen Umfeld bei Jugendlichen beklagt wird: eine Partei im moralischen Gleichschritt mit der Verwahrlosung perspektivloser Jugendlicher? SVP-Vorstösse sind in den meisten Fällen Ausdruck von Egoismus und Rück-

sichtslosigkeit. Es ist dies die Ideologie einer frühkapitalistischen Phase nach Thomas Hobbes oder Plautus' Einschätzung: «Homo homini lupus» (Der Mensch ist des Menschen Wolf; sprich sein eigener Feind).

Das Recht des Stärkeren wird zur Maxime erhoben. Wer mit seiner Selbstverantwortung scheitert, hat in der SVP-Gesellschaft Pech gehabt. Drogenkranke sollen sich selbst aus dem Sumpf ziehen, Arbeitslose sollen die Beiträge kürzen lassen, Invalide mit weniger Zuwendung leben. Ein Leistungsabbau in der Kranken-Grundversicherung ist für Mittel- und Kleinverdiener zumutbar, die eidgenössisch festgelegten Existenzminimum-Richtlinien sind der SVP ein Gräuel. Kultur, die über den Wurst- und Brot-Tellerrand hinausgeht, ist generell suspekt.

Die Rechtsausser-Partei ist immer dann an vorderster Front aktiv, wenn es um den Abbau von ökologischen oder sozialen Schutz- und Unterstützungsmassnahmen geht. Nein zu allem ausser Strassen und Parkplätzen oder Sportinfrastrukturen (dies bringt Wählerpotential), das Ganze unter dem Motto: «Stoppt den Staat, er ist zu teuer!»

Mit dem Zweihänder sparen

Der Staat mit all seinen «überflüssigen Beamten» wird systematisch schlecht geredet und der Lächerlichkeit preisgegeben. Schlagworte zum Sparen jagen sich im Quartalsrhythmus ohne Angaben, wo «das grosse Geld» konkret eingespart werden könnte.

So geschehen erneut am Sonderparteitag vom 8. März im exklusiv gemieteten Zuger Hafenrestaurant. Die drohenden Mehrausgaben von jährlich gegen 130 Millionen Franken (Neuer Finanz-

ausgleich NFA) sollen ohne zusätzliche Steuereinnahmen kompensiert werden. Mehr Polizei zur Verbesserung der Sicherheit braucht es nicht, Bildungsausgaben wie die Poolaufstockung zur Qualitätssteigerung an der Volksschule sind überflüssig. Auf diese Weise lässt sich dann auch wieder ungenierter über wachsende Kriminalität oder schlechte PISA-Ergebnisse lamentieren.

Das Grauen wächst

Diese Partei macht nur auf Stimmung und zeigt für lösungsorientierte Wege kein Verständnis. Typisch ist, dass SVP-Politiker in Regierungsverantwortung wie Bundesrat Samuel Schmid, der Zürcher Regierungsrat

Christian Huber oder der Zuger Baudirektor Hans-Beat Uttinger schnell mal in Widerspruch zur SVP-Führungsriege geraten. Uttingers lakonische Antwort dazu: «Das war zu erwarten.»

Unsere Konkordanzdemokratie verträgt politischen Widerstreit. Was ihr aber schadet, ist eine politische Kraft, die bei jeder Gelegenheit ihre Missachtung der Menschenwürde in Form von Verunglimpfung, Sozialabbau oder Ausländerhetze zelebriert, einzig mit dem Ziel, verunsicherte Wählerstimmen einzufangen. Die Nationalratswahlen im Herbst werden es wieder an den Tag bringen. ■



Toni Kleimann.

Lebensqualität vor Gewinnmaximierung

Zugs Steuer- und Wirtschaftspolitik ist auf massiven Wachstum ausgerichtet. Im Richtplanentwurf konzentrieren sich die negativen Folgen: Zersiedelung, milliardenteure Strassen, Verlust von Landwirtschafts- und Naherholungsgebieten. Lebensqualität und Zugs Identität sind vom Ausverkauf des Bodens bedroht.

Text und Bild Stefan Gisler, Oberwil

Was für ein Zug wollen wir? Eines zum Wohlfühlen und Daheimsein oder ein zubetoniertes und verkehrsgeplagtes? Der neue Richtplan wird mit den Weg weisen! Mehr als 350 Stellungnahmen unterschiedlichster Ausrichtung sind bei der Baudirektion anlässlich des Mitwirkungsverfahrens zum kantonalen Richtplan eingegangen. Eine der umfangreichsten verfasste die SGA unter dem Titel «Qualität vor Quantität».

Der Richtplanentwurf basiert auf überrissenen Wachstumsvorgaben, die eine Fortschreibung der ungesunden Entwicklung der letzten 40 Jahre sind. Da ist nach Durchsicht aller Eingaben selbst laut Baudirektion bei den meisten «eine gewisse Skepsis spürbar».

Der im Richtplan vorgesehene jährliche Bevölkerung- und Arbeitsplatzwachstum von 1,5 Prozent bedroht die Lebens- und Standortqualität des Kantons Zug (CH-Durchschnitt beträgt 0,7 Prozent). Lebensräume, Naherholungsgebiete, Naturräume und bodenabhängige Landwirtschaft, aber auch das ansässige Gewerbe und langfristig die Wirtschaftsind gefährdet.

43 Prozent mehr Autoverkehr

Die wertvolle Landschaft darf nicht der ausschliesslich auf Wachstum ausgerichteten Standortpolitik geopfert werden. Auch die kommenden Generatio-

nen haben ein Anrecht auf ein lebenswertes Zug. Den schärfsten Ausdruck findet diese Fehlentwicklung im Verkehrsaufkommen des motorisierten Individualverkehrs (MIV), das im besagten Zeitraum wegen der prognostizierten Siedlungsentwicklung noch wesentlich mehr als die Bevölkerung wachsen soll – um 43 Prozent! Da bleibt einem dann wörtlich die Luft weg.

Die SGA betont anlässlich dieses Mitwirkungsverfahrens nochmals, dass sie sich entschieden gegen den vom Kantonsrat am 3. Juli 2002 beschlossenen Teilrichtplan Verkehr wendet. Es ist unverständlich, den TRP Verkehr vor dem Gesamttrichtplan zu beschliessen. Die Diskussion «wieviel Wachstum tut Zug gut?» wurde erst durch das Mitwirkungsverfahren zum Richtplan lanciert. Es gab und gibt kein ausreichendes Konzept, wie dem Wachstum des MIV wirksam begegnet werden könnte. Wohnen und Arbeiten sind gemäss neuem Richtplan noch immer zu stark getrennt, und die konkrete Planung beim städtischen Areal L&G/SBB-West zeigt, dass mit viel mehr Arbeits- als Wohnplätzen diese Fehlentwicklung gar noch forciert wird.

2. Etappe Stadtbahn sichern

Die Priorisierung des MIV zerstört Natur- und Lebensräume. Beispiele: Verbindungs- und Umfahrungsachsen zerschneiden Erholungsräume (Verlängerung General-Guisan-Strasse, Umfahrung Cham). Die Zurückstufung des Mini-Stadttunnels in Zug innerhalb der Prioritätenliste verlängert unnötigerweise die Verkehrsbelastung der Zuger Innenstadt. Die 2. Etappe Stadtbahn ist nur ungenügend gesichert. Die SGA fordert, dass konsequenter auf den öffentlichen Verkehr gesetzt wird. Stossend ist zudem, dass es zu keinem kantonalen Parkplatzreglement gekommen ist.

Die SGA verlangt zudem die Streichung der Richtplanfestlegung, welche

«die grosse wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich auch für die Region Zug» als Zielvorgabe angibt. Das Zuger Stimmvolk hat mit der Swiss-Abstimmung vom November auch seine Skepsis gegenüber einem zu grossen Hub und dessen negativen ökologischen Auswirkungendemonstriert.

Vernünftige wie nachhaltige Steuer- und Wirtschaftspolitik

Die Alternativen sind sich natürlich bewusst, dass die Wachstumsraten nicht vom Richtplan erzeugt werden. Doch mit ihm kann und muss die Zersiedelung gestoppt werden. Die beiden wesentlichsten Faktoren für das Wachstum sind die Zuger Steuerpolitik und die allgemeine Wirtschaftskonjunktur. Ersteres hat der Kanton bis zu einem gewissen Punkt (den NFA beschliesst der Bund) selber in der Hand. Die SGA plädiert auch an dieser Stelle für eine entsprechende Änderung der Zuger Steuerpolitik.

Wir spüren übrigens seit der Abstimmung über das Steuergesetz einen langsamen Meinungsumschwung bei Teilen der damaligen Ja-Stimmenden. Die Folgen werden nun nämlich sichtbar und haben im Richtplanentwurf ihren konzentrierten Niederschlag gefunden.

Es macht wenig Sinn, wenn der Kanton Zug aufgrund seiner Steuerpolitik potenzielles Wachstum von anderen Kantonen auf sich zieht – mit allen negativen Folgen für die Lebensqualität (Verkehr, hohe Mieten, Zersiedelung) – und nachher über den berechtigten Finanzausgleich diesen Kantonen finanziell beistehen muss. Das Wachstum sollte in der Schweiz besser verteilt werden.

Wir sind uns sicher, dass eine deutliche Mehrheit der Zuger Bevölkerung keinen Kanton mit 125 000 Einwohnerinnen und Einwohnern will. Die SGA will das auch nicht. Weniger ist hier eindeutig mehr. Wir plädieren für eine Wachstumsbegrenzung auf maximal

FDP und SVP wollen das Gebiet zwischen Zug und Oberwil komplett zubauen. Eine solche Siedlungserweiterung würde intakte Bauernbetriebe gefährden, den Naherholungsraum Gimenen sowie den Ortscharakter von Oberwil zerstören. Die SGA wehrt sich – dies auch im Sinne der vom Stimmvolk vor über zehn Jahren angenommenen Grünflächeninitiative und dem 2002 abgelehnten Bau der Bruibachbrücke.



110 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 66 000 Arbeitsplätze. Das Verhältnis von Arbeitsplätzen zur Wohnbevölkerung soll sich nicht weiter verschlechtern. Von den vorgesehenen Erweiterungen der Wohnbauzonen im Ausmass des Richtplans ist abzusehen. Durch die Umzonung von Industrie- und Gewerbebezonen in Wohn- und Mischnutzungen und durch verdichtetes Bauen kann der Wohnbauzonenbedarf abgedeckt werden. Selbst bei einem prognostizierten Bevölkerungswachstum auf 125 000 übersteigen die im Richtplan aufgenommenen Baugebiete den Bedarf um das Doppelte.

Erhalt der grünen Lunge des Kantons

Die Ziele der neu im Richtplan aufgenommenen Siedlungsbegrenzungslinien sind begrüssenwert. Richtig gezogen stoppen sie die Zersiedelung. Die SGA schlägt in ihrer Stellungnahme an 15 Orten im Kanton neue Linien vor oder will bestehende näher ans jetzige Siedlungsgebiet legen.

Zwei Freiräume liegen uns besonders am Herzen: Das Gebiet zwischen Zug und Oberwil sowie die Lorzenebene. Die SGA befürchtet insbesondere eine «Verbreitenbachung» der Lorzenebene, welche die Gemeinden Hünenberg (Gebiet Chämleten, Dersbach), Cham, Zug (inkl. Oberwil), Baar und Steinhausen zu einem konturlosen Siedlungsbrei ohne Ortsgrenzen macht. Hier steht der Richtplan im Gegensatz zur eigenen Vorgabe, dass «die Trennung von Siedlungen» anzustreben sei. Die grüne Lunge des Kantons soll als Naherholungsge-

biet und Landwirtschaftszone erhalten bleiben.

Damit Oberwil ein Dorf bleibt

Die Grünfläche zwischen Zug und Oberwil soll erhalten bleiben. Darum muss die Siedlungsbegrenzungslinie an die jetzigen Bauzonen dieses Gebiets gelegt werden: keine Neu-Einzonungen! Dies auch im Sinne der Bevölkerungsmehrheit, die vor über zehn Jahren die Grünflächeninitiative angenommen und 2002 den Bau der Bruibachbrücke abgelehnt hat.

Den Grossangriff auf das «attraktive Bauland» an Hanglage führen FDP und SVP. Sie «lehnen insbesondere die Siedlungsbegrenzung zwischen Zug und Oberwil ab». Die FDP missbraucht zudem (wie auch die CVP) die Stadtbahnhaltestellen als Argument, um generelle Siedlungserweiterungen in deren Umkreise von 500 Meter zu fordern. Man studiere die Grundlagenkarte Verkehr des Richtplans – da würde nicht nur in Oberwil massiv neu eingezont. Aufschlussreich auch, dass zwischen Zug und Oberwil FDP-Politiker zu den grossen Landbesitzern gehören. Sie wollen einzonen, bauen oder bauen lassen. Gewinnmaximierung pur.

Übrigens: Trotz offensichtlichem Versagen der von den Freisinnigen mitgetragenen Wirtschaftspolitik (Swiss, Pensionskassen etc.), glaubt die Zuger FDP noch immer ans unbegrenzte Wachstum und fordert als einzige Partei ein grösseres Wachstum als im Richtplan vorgeschlagen. Mehr Bevölkerungswachstum: 130 000 Menschen. Mehr Siedlungsfläche: 300 Hektaren.

SVP: Heile Welt nur auf ihren Plakaten

Doch auch die SVP will Zug zubetonieren. Dabei wirbt sie ständig mit Bildern «ihrer» Schweiz. Anlässlich von Wahlen montieren sie ihre Kandidaten (selten -innen) auf Plakate mit grüner Zuger Landschaft im Hintergrund. Doch die SVP zerstört mit ihrer Politik genau die von ihr vielbeschworene heile, ländliche Schweizer Welt. Die SVP sieht im Richtplan keine Notwendigkeit für Wildtierkorridore und Landschaftsschongebieten, entzieht Bauern in der Lorzenebene, der Schluecht und zwischen Zug und Oberwil mit ihren Forderungen nach mehr Bauland die Existenzgrundlage. Für die kommenden Nationalratswahlen sollen sich die SVP-Kandidaten doch bitte sehr mitten auf der Autobahn ablichten lassen. Nationalrat und Junggolfer Marcel Scherer fordert zudem entgegen dem Willen der Gemeinde Baar und des Kooperationsrats Deikon den Bau eines Golfplatzes in Baar.

CVP warnt vor zu starkem Wachstum

Moderate Töne kommen von der CVP. Sie halten «die genannten Zielgrössen von 125 000 Einwohner bzw. 75 000 Beschäftigte für die obere Grenze. Durch ein zu starkes Bevölkerungswachstum leidet die Lebensqualität massiv. Insbesondere wäre mit folgenden Nachteilen zu rechnen: höhere Ausgaben für die Infrastruktur wie Erschliessung, Verkehr, Schulen, Trinkwasser, Abwasserreinigung etc.; höhere Sozialausgaben; mehr Verkehrsprobleme; höhere Umweltbelastung; höherer Druck auf Erholungs-

Richtplan: So gehts weiter

Neu wird nicht mehr der Regierungsrat, sondern der Kantonsrat den kantonalen Richtplan genehmigen. Dies birgt die Gefahr, das gemeindliche Partikularinteressen im «Tauschgeschäft» abgegolten werden. Der Regierungsrat hat weniger Einfluss, um das übergeordnete kantonale Interesse wahrzunehmen.

April/Mai 2003: Bereinigung durch Fachstellen und Gemeinden.

24.6.-8.7. 2003: Behandlung an Regierungsratssitzungen.

10.7. 2003: Medienmitteilung des Baudirektors.

August bis Oktober 2003: Vorbereitung Vorlage durch Raumplanungskommission des Kantonsrats. Bericht an Kantonsrat und Staatskanzlei.

30.10. 2003: Beginn Beratung im Kantonsrat.

15.12. 2003: Einreichung Richtplan beim Bund zur Genehmigung.

zonen; grösserer Bedarf an Bauland; Gefährdung der quantitativen Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche.»

Allerdings beklagt die CVP, dass in der Stadt Zug fast kein Bauland mehr vorhanden sei. Doch die geforderten Mehr-Einzonungen würden kaum billigeres Land und günstigere Wohnungen bedeuten, sondern nur die Wachstumsspirale anheizen.

Die CVP-Bedenken zum Gebiet Schluecht in Cham teilt die SGA: «Das landwirtschaftliche Beratungs- und Bildungszentrum ist in seiner Existenz gefährdet, wenn das Gebiet des Schluecht-hofes überbaut werden sollte.»

Bauern ohne Land

Der Kanton Zug zeichnet sich durch das nahe Nebeneinander von pulsierendem städtischen Leben und ländlichem Cha-

rakter aus. Dies muss erhalten bleiben. Die SGA ist gegen Tierfabriken und Hors-Sol-Produktionsbetriebe. Und ausgerechnet in der eh schon stark belasteten Teilzone 1 (Lorzenebene, Ennetsee) sollen nun solche bodenunabhängige Betriebe zugelassen werden. Die SGA wehrt sich auch gegen die Reduzierung der heute bestehenden Fruchtfolgeflächen (3000 m²).

Alle Bürgerlichen beklagen, dass das Landschaftsschongebiet im Teilraum 1 zu Nahe am Siedlungsgebiet liege. Taktisch nicht dumm von der Betonfraktion: Schongebiete wären später schwerer als Bauland einzuzonen als «normales» Landwirtschaftsland.

Zu hoffen ist, dass der Zuger Bauern-Verband seine Eingabe umsetzen kann: «Die Landwirtschaft bewirtschaftet die Landschaft nachhaltig. Sie leistet einen Beitrag zur Versorgung der Zuger Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ermöglicht ihr den Bezug zur Natur.»

Wald und Renaturierungen

Die SGA möchte, dass der Wald ist nach Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet wird. Der Kanton soll zur Erhaltung von gefährdeten Baum- und Tierarten sowie Lebensräumen Waldreservate ausscheiden und deren Schutz sowie Pflegesichern.

Renaturierungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Landschaftsqualität und der Artenvielfalt und sollten mit grosser Priorität angegangen werden. Sie sind aber in Abstimmung mit den Landeigentümern oder den Pächtern so zu planen, dass die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit betroffener Landwirtschaftsbetriebe nicht in Frage gestellt wird.

Übertrieben viele Weilerzonen (24!), in denen zusätzlich gebaut werden dürfte, sind definiert worden. Der Kanton

Zürich gibt in seiner Stellungnahme richtigerweise zu bedenken, dass die «Weiler» die vom Bundesgericht verlangten fünf bis zehn bewohnten Gebäude aufweisen müssen.

Keine Einkaufszentren auf grüner Wiese

Die im Richtplan postulierte Konzentration von Einkaufszentren in Kernzonen kommt keinen Tag zu früh. Tatsächlich führten Shopping-Center auf der grünen Wiese und an Siedlungsrandgebieten zu Mehrverkehr und würde die gemeindlichen Zentrumsfunktionen schwächen. Explizit verboten gehören Autobahnraststätten, die Mehrverkehr auslösen, so den Verkehrsfluss behindern und mit zusätzlichen Ein-, Ausfahrten die Unfallgefahr erhöhen.

Strahlendes Zug

Die Abdeckung mit Mobilfunkkapazitäten ist im Kanton Zug mehr als genügend. Angesichts der unklaren Gefahren der von Mobilfunkanlagen ausgehenden elektromagnetischen Strahlung ist ein weiterer Ausbau der Kapazitäten nicht zu verantworten.

Qualität vor Quantität

Die positiven Elemente des Richtplanelntwurfes sind: Der starke Landschaftsschutz, inklusive der Freihaltung von Wildtierkorridoren. Die hohe Bedeutung attraktiver Naherholungsgebiete mit direktem und fussgängerfreundlichem Zugang. Die Einführung von Siedlungsbegrenzungslinien.

Zusammengefasst gilt für die SGA: Wachstum Ja, aber in klaren Grenzen und geschickt gesteuert mit der Hauptpriorität «qualitatives Wachstum». Für ein lebenswertes Zug. ■

Die Eingabe der SGA anlässlich des Mitwirkungsverfahrens zum kantonalen Richt-

Kurze Wege, lange Strassen



Das vom Entwicklungsplan L&G/SBB-West betroffene Gartenstadtquartier. I Wohn- und Lebensqualität ist wegen der geplanten Nordzufahrt stark bedroht.

Im Kanton Zug ist man stolz auf die politische Kultur der «kurzen Wege». Will heissen: Einfacher, unkomplizierter Zugang von BürgerInnen (und Firmen) zu Verwaltung und Politik sowie rasche und transparente Entscheide in speditiven Verfahren.

Patrick Steinle, Alternativer Gemeinderat Zug / Mitglied Referendumskomitee – Bild Referendumskomitee

Ein scheinbar schnelles, einfaches Verfahren wurde auch bei der Planung der Nordzufahrt gewählt, die das Entwicklungsgebiet im Areal der ehemaligen Landis&Gyr mit dem Autobahnanchluss in Baar verbinden soll. Die Notwendigkeit einer solchen zweiten Hauptstrasse zwischen Baar und Zug war kaum umstritten, das Projekt wurde mit übersetzter Geschwindigkeit vorangetrieben. Die betroffenen Gemeinden Baar und Zug übernahmen die Ausarbeitung der Linienführung dieser Kantonsstrasse in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Grundeigentümern. Vom Kantonsrat wurde dann im Juli 2001 neben dem Planungs- auch gleich der Baukredit mit grosser Mehrheit bewilligt.

Kurz nach Ablauf der einmonatigen Referendumsfrist (die praktischerweise mit den Sommerferien zusammen fiel) wurde im grossangelegten kantonalen Mitwirkungsverfahren zum Teilrichtplan Verkehr die Bevölkerung über die Strassenplanung informiert und zur Mitwirkung eingeladen.

Soweit die Schokoladenseite. Alles sehr effizient, unkompliziert und gradlinig – bald soll der Kanton der kurzen Wege zu einer neuen langen Strasse kommen. Die Kehrseite hat den generellen Schönheitsfehler, dass die Energiestadt Zug, führend im Schweizer Nachhaltigkeits-Index, mit diesem Strassenprojekt

nicht gerade dem Geist der Umweltgipfel von Rio und Johannesburg entspricht. Und auch gegen Lärm und Landschaftszersiedlung, vom BUWAL kürzlich als Haupt-Umweltprobleme genannt, sollte es probatere Mittel als neue Strassen geben.

Unlogische Linienführung

Bei genauem Hinsehen – und das hat die Quartierbevölkerung im betroffenen Wohnquartier Gartenstadt/Aabachstrasse getan – ist auch die vorgesehene Linienführung der Nordzufahrt nicht besonders gradlinig. Im südlichen Bereich nimmt sie nicht den kürzestmöglichen Weg, direkt durchs Landis&Gyr-Areal bis zum Bahnhof, sondern macht einen Schlenker um die Kernzone des Areals herum, entlang der Gartenstadt. Dies ist immerhin eines von vier Quartieren im Kanton Zug, das im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz in der höchsten Kategorie eingestuft ist. Nebst der Kürze würden auch das Verursacherprinzip und die Möglichkeit, planerisch und baulich noch auf die Strasse reagieren zu können, für eine Linienführung innerhalb des Areals sprechen.

Fragen Sie, wenn Sie wollen ...

Der Versuch, eine Antwort auf diese Fragen zu bekommen, führte von Pontius zu Pilatus. Zuerst zum Regierungsrat, an den wir gelangten, nachdem zahlreiche Eingaben beim Mitwirkungsverfahren zum Teilrichtplan Verkehr unbeantwortet im Sand verliefen. Antwort: Die Planung erfolge durch die Stadt, man möge entsprechende Fragen dort stellen.

Der Stadtrat beschied, die Strasse sei vom Kantonsrat bereits beschlossen und sah auch keinen Anlass, die Gründe für die Planung zu erläutern.

Der damalige Interims-Bauchef der Stadt, den wir an einem Apéro gerade noch erwischten, erklärte, die Strasse müsse zur Sicherung der Wohnqualität innerhalb des Areals (wo vielleicht Wohnungen gebaut werden) aussen herumgeführt werden (wo es schon Wohnungen gibt).

Der jetzige Bauchef schliesslich gab wenigstens im privaten Rahmen die ehrliche Einschätzung ab, man habe einfach den Weg des geringsten Widerstands gewählt.

... Antworten wird das Stimmvolk

Diese Einschätzung bestätigte sich dadurch, dass beim Ergreifen des Referendums gegen den Entwicklungsplan erstmals Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde. Bei dessen Zustandekommen wurden wir tatsächlich zu einer Sitzung ins Stadthaus eingeladen – allerdings wollte man uns dort nur das Aushebeln des Referendums mittels eines juristischen Schachzugs schmackhaft machen.

Zweifellos wird man im Kanton Zug von der Verwaltung sehr zuvorkommend behandelt. Aber der Weg zu den politischen Entscheidungsträgern scheint vom Arbeiterquartier Gartenstadt aus viel länger zu sein als von der Siemens-Chefetage. Dem mag man Realpolitik sagen – sollte dann aber auch offen deklarieren, dass man sich um die Anliegen der «kleinen» Leute einen Dreck schert.

Es ist zu hoffen, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zug am 18. Mai 2003 mit dem Gartenstadtquartier solidarisch zeigen und mit einem Nein zum Entwicklungsplan L&G/SBB dafür sorgen, dass die Nordzufahrt so kurz wie möglich gebaut werden kann und die Spiesse und Wege für alle gleich lang werden. ■



Interview Franziska Teuscher

Stark links

Franziska Teuscher ist seit 1995 Nationalrätin des Grünen Bündnis Bern. Zuvor sass sie sowohl im Stadtrat als auch im Grossen Rat des Kantons Bern. 2002 kandidierte sie für den Berner Regierungsrat und erreichte ein hervorragendes Resultat. Zur Regierungsrätin fehlten ihr nur 1700 Stimmen. Im Herbst kandidiert sie für den Ständerat. Sie spricht an der Jahresversammlung der SGA vom 9. Mai über ihre politische Arbeit.

Interview Natalie Chiodi und Martin Stuber – Bilder BULLETIN

BULLETIN: Du bist seit 1995 Nationalrätin des Grünen Bündnis Bern. Was waren deine Hauptaktivitäten?

Franziska Teuscher: Meine Schwerpunkte sind bestimmt durch die Umwelt-, Raumplanungs- und Energiekommission des Nationalrates, in der ich die Grüne Fraktion vertrete. Innerhalb dieser Kommission hat die Energiepolitik mit dem EMG, dem Elektrizitätsmarktgesetz, im Vordergrund gestanden. Ebenso das Kernenergiegesetz. Auf nationaler Ebene ist klar geregelt, dass die Kommissionsmitglieder auch im Rat das Geschäft für die Fraktion vertreten. Für mich gibt es daher im Nationalrat wenig Möglichkeiten, mich zur Sozial- oder Friedenspolitik zu äussern.

Allerdings habe ich weitere Schwerpunkte durch parlamentarische Vorstösse gesetzt, etwa in der Familienpolitik mit einer parlamentarischen Initiative für eine kostendeckende Kinderrente oder dem Vorschlag einer fünften Ferienwoche für Leute, die Kinder bis zum 12. Lebensjahr betreuen. Weiter verlangte ich erfolgreich gleiche Prämien für Frauen und Männer im Bereich der Zusatzversicherungen und setzte mit Vor-

stössen zum Fuss- und Veloverkehr eine klare Priorität für den nicht-motorisierten Verkehr. Die aktuellste Initiative der grünen Fraktion ist ein Elektrizitätsversorgungsgesetz, das einen guten Service public und eine ökologische Stromversorgung zum Ziel hat.

BULLETIN: Von diesem Vorstoss haben wir nichts gehört. Weshalb berichten die Medien so wenig über euch?

Franziska Teuscher: In der Wirtschaftspresse wie «CASH» und «Handelsblatt» konnte man davon lesen, denn Economiesuisse ist interessiert, was nach dem Nein zum EMG geschieht. Der Vorstoss zum Elektrizitätsversorgungsgesetz ist im Parlament noch nicht behandelt worden. Und generell ist zu sagen, dass Vorstösse im Nationalrat ein kleines Gewicht haben und immer wieder von der Traktandenliste gestrichen werden.

Das Problem der Grünen ist, dass die nationalen Medien fast nur über die Regierungsparteien berichten. So ist es für uns schwierig, genügend Echo zu finden, weil wir laut Aussagen von Journalisten keine relevante Kraft darstellen. Und damit meinen sie mindestens zehn ProzentWähleranteil.

Wählerstärke

BULLETIN: Wie hoch ist der Wähleranteil der Grünen?

Franziska Teuscher: Weil die Grünen bei den Nationalratswahlen nicht in allen Kantonen antreten, lässt sich das Wählerpotenzial schwer abschätzen. Es dürfte bei sieben bis acht Prozent liegen. In der Stadt Bern holten die grüne freie Liste, das grüne Bündnis und die Junge Alternative JA! in den letzten Wahlen mit drei getrennten Listen rund 24 Prozent Wählerstimmen. Im Kanton Bern lässt sich unser gesamtes Wahlpotenzial schlecht bestimmen, weil das Grüne Bündnis bloss in drei Wahlkreisen – in Bern, Biel und in der Agglomeration

Bern kandidierte. Bei den Nationalratswahlen wird es anders sein: Der ganze Kanton ist ein Wahlkreis, und wir werden mit einer einzigen grünen Liste antreten.

BULLETIN: Kannst du etwas zur erfolgreichen Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes sagen?

Franziska Teuscher: Wer die Abstimmungsanalyse studiert hat, muss eingestehen, dass es nicht nur ein «linker» Er-

Elektrizitätsversorgungsgesetz für guten Service public und ökologische Stromversorgung

Der Vorstoss der Grünen im Nationalrat verlangt die Ausarbeitung eines Elektrizitätsversorgungsgesetz, das eine zuverlässige, effiziente, kostengünstige und ökologische Elektrizitätsversorgung in der ganzen Schweiz sicherstellt. Dabei sind unter anderenfolgende Punkte zu berücksichtigen:

- Bildung einer nationalen Netzgesellschaft für das Hochspannungsnetz. Die Netzgesellschaft arbeitet nicht gewinnorientiert. Festlegung der Beteiligung durch die öffentlichen Hand.
- Die schweizerische Stromversorgung wird primär mit erneuerbaren Energien inklusive Wasserkraft sichergestellt. Produktionsform und Herkunft der Elektrizität müssen deklariert werden
- Regionale, lokale Verteilwerke garantieren mittels Leistungsauftrag der Behörden die sichere Stromversorgung vor Ort für alle.
- Tarifsysteem welches Kostentransparenz gewährleistet und Anreize für das Stromsparen und den Verbrauch von erneuerbaren Energien schafft.
- Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern (einheimische Biomasse, Geothermie, Holz, Trink- und Abwasserturbiniierung, Windenergie, Sonnenenergie) wird bei der Einspeisung ins Netz bevorzugt.

folg war, sondern ein Erfolg jener, die Angst haben vor einer unsicheren Stromversorgung. Die Opposition zum EMG kam zwar von links, aber wir konnten davon profitieren, dass weit über diesen Kreis hinaus grosses Misstrauen gegenüber Liberalisierung und Privatisierung herrscht. Seit dem Nein zum EMG kann man wieder über eine Repolitisierung der Energiepolitik diskutieren. Ob es uns gelingt, fortschrittlichen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, wird sich zeigen bei den Initiativen «Moratorium Plus» und «Strom ohne Atom», die am 18. Mai zur Abstimmung kommen.

Links ist nicht gleich links

BULLETIN: Was sagst du zum Ausspruch von SP-Generalsekretär Reto Gamma, dass es links der Mitte nur die SP gebe?

Franziska Teuscher: Der Vorschlag, alle Linken in die SP zu integrieren, hat uns Bodenmann schon gemacht. Aus Sicht der SP ist das auch logisch und es wäre einfacher für sie, wenn es die Grüne Partei, die sich mit dem neuen Präsidium klar grün-links positioniert, nicht gäbe. Ich bin überzeugt, dass es der SP gut tut, wenn links von ihnen die Grünen sind, da sie sich sonst noch stärker ins Machtkartell einwickeln liessen. Auf nationaler Ebene wurde schon lange nicht mehr so weit rechts politisiert wie zurzeit, sowohl im Nationalrat als auch im Bundesrat. Beispiele sind der Abbau bei der AHV und beim BVG, Investitionen in den Strassenbau und so weiter.

SP und Grüne spielen eine unterschiedliche Rolle, aber beide sind nötig. Es ist gut, gibt es die SP, die im Bundesrat rot-grüne Ideen vertritt und in die Regierungsverantwortung eingebunden ist. Doch es braucht auch auf nationaler Ebene die unabhängigen Grünen, denn nur mit einer linken Kraft ausserhalb des Machtkartells ist eine starke und konsequente Opposition möglich.

Franziska Teuscher

Geb. 1958, Biologin und Mitinhaberin eines privaten Planungs- und Beratungsbüros, 2 Kinder, wohnt in Bern.

Seit 1995 Nationalrätin Grünes Bündnis Bern, Präsidentin der IG Velo Schweiz, Verwaltungsrätin Elektrizitätswerk Bern.

Infos: www.franziskateuscher.ch

BULLETIN: Kannst du das an einem Beispiel konkretisieren?

Franziska Teuscher: Bei der Swissair waren wir von Anfang an der Meinung, dass sie überdimensioniert und eine Verkleinerung der Flotte nur eine Scheinlösung sei. Die SP unterstützte damals die Finanzierung des maroden Systems in der Höhe von zwei Milliarden Franken mit der Begründung, die Swissair sei quasi ein Staatsbetrieb und man müsse Arbeitsplätze erhalten. Aus Sicht der grünen Fraktion hätte der Bundesrat, wenn schon, Investitionen in die Umschulung des Personals und einen Umbau der Verkehrspolitik tätigen sollen. Denn die Erhaltung der Swissair war, international gesehen, ökonomisch und ökologisch ein Blödsinn.

Nationalratswahlen 2003

BULLETIN: Welches werden die grossen Themen im Wahlherbst sein?

Franziska Teuscher: Im Mittelpunkt werden die Finanzen stehen. Die Bürgerlichen haben mit ihrer Finanzpolitik den Bundeshaushalt völlig aus dem Lot gebracht. Und nun wollen sie uns Sparprogramme in Milliardenhöhe auftischen. Hier lautet die Devise der Grünen: Umbauen statt abbauen.

Die Schlagworte der GPS für die nationalen Wahlen lauten: ökologisch – radikal – sozial – engagiert engagiert – global – solidarisch. Unter diesem Obertitel gestalten alle grünen Kantonalparteien in ihren Kantonen eigene Wahlkämpfe. Ein Teil des Wahlkampfes werden die Abstimmungen am 18. Mai sein, wo viele linksgrüne Themen zur Abstimmung kommen. Leider ist der Abstimmungstermin so überladen, dass man unmöglich alle Themen wahrnehmen kann.

Die Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus», sowie die Lehrstelleninitiative «lipa» sind für uns von ganz grosser Bedeutung. Unser Erfolg ist dann gegeben, wenn wir an un-

seren Zielen festhalten und klar unsere Linie fahren. Nehmen wir als Beispiel das Referendum vom letzten Jahr gegen Olympia 2010 in Bern. Am Anfang war nur das Grüne Bündnis gegen das Projekt, weil es quer zur Nachhaltigkeit stand und der Kanton Bern finanziell sehr schlecht dasteht. Mit einem breit abgestützten Komitee ist es uns schliesslich gelungen, dass am Schluss 75 Prozent der Bevölkerung ein Nein in die Urne legten. Das war der Beweis für die Akzeptanz unserer Politik.

BULLETIN: Der nationale Finanzausgleich NFA ist in Zug ein grosses Thema. Und in Bern?

Franziska Teuscher: Obwohl der Kanton Bern mittlerweile zu den finanzschwachen Kantonen zählt, tritt die Berner Regierung nicht für eine materielle Steuerharmonisierung ein. Als Bewohnerin der Hauptstadt erlebe ich, wie die Stadt vom Speckgürtel rund um Bern finanziell ausgesogen wird. Die umliegenden Gemeinden signalisieren wenig Bereitschaft, sich an den Kosten der Stadt zu beteiligen. Deshalb hat die Stadt einen viel höheren Steuersatz. Die Steuerhar-

monisierung sollte schon auf dieser Ebene geschehen und natürlich auf Bundesebene genau so. Wenn man bedenkt, dass es zum Normalfall gehört, in Bern zu wohnen und in Zürich zu arbeiten, macht eine gesamtschweizerische Steuerharmonisierung absolut Sinn.

Zugs Präsenz in Bern

BULLETIN: Wie macht sich aus deiner Sicht die Zuger Delegation in Bern, wo die Linke seit der Abwahl von Armin Jans 1999 leider mit Abwesenheit glänzt.

Franziska Teuscher: Als Peter Hess Nationalratspräsident war, fiel sie mehr auf. Aber sonst nehme ich keine Kantone im NR wahr, sondern eher einzelne Vertreter von Parteien. Hajo Leutenegger sitzt in der gleichen Kommission und da ergibt sich automatisch eine verstärkte Wahrnehmung. Ich schätze es, dass man mit ihm diskutieren kann.

BULLETIN: Was hört man von der SGA in Bern?

Franziska Teuscher: Auf nationaler Ebene ist Hanspeter Uster präsent, da er als linker Polizeidirektor eine nationale Persönlichkeit darstellt. In den Berner Medien habe ich in wenigen Zeilen von eurem Wahlerfolg gelesen. Wir vom Grünen Bündnis verfolgen sehr genau, was ihr macht, da ihr uns politisch nahe steht. Darum haben wir zum Beispieldie Crown-Geschichte auch mitbekommen und schätzen euren Einsatz.

Abstimmungsvorlagen und Davoser Debakel

BULLETIN: Der nächste Abstimmungssonntag ist eine Schweinerei: Neun Vorlagen, so gemischt, dass es zwei mobilisierende Vorlagen der reaktionären Kräfte drin hat, die dann mithelfen, in einem Rutsch sieben fortschrittliche

SGA-Jahresversammlung

Datum: 9. Mai 2003 18.00 Uhr, anschliessend Nachtessen.

Ort: Cafeteria ZALT, Bundesplatz 7 (vis-à-vis Epa), Zug

Franziska Teuscher, Berner Nationalrätin des Grünen Bündnis, spricht an der Jahresversammlung der SGA.

Vorlagen zu bodigen. Lässt sich nichts dagegen machen?

Franziska Teuscher: Ein neues Gesetz bestimmt die Anzahl der Abstimmungssonntage und wann sie stattfinden. Einige dieser Abstimmungen müssen jetzt kommen. Zum Beispiel die Militärvorlagen, weil sie sich aus zeitlichen Gründen nicht mehr verschieben lassen. Die Initiantinnen und Initianten der Energievorlagen wollten aber selber, dass die Abstimmungen im Mai vors Volk kommen.

BULLETIN: Davos – da erschienen die Grünen gespalten: hier Hollenstein, da Genner. Welches ist deine Position? Was ist in Bern wirklich passiert am Samstagabend? Können es sich die Grünen leisten, mit einem solchen Geplänkel in die Medien zu kommen?

Franziska Teuscher: Für mich ist das Demonstrationsrecht sehr wichtig und dieses muss man uneingeschränkt ausüben können. Beim WEF ging es um die Frage, was man im konkreten Fall als prioritär ansah: entweder den Kampf für das Demonstrationsrecht ohne Kontrolle oder die Demonstration gegen die Globalisierung. Das Grüne Bündnis verurteilte die Ausschreitungen und Sachbeschädigungen, welche nach der verunmöglichten WEF-Demonstration im Bündnerland in Bern stattfanden. Wegen dieser Eskalation ging das eigentliche Anliegen der Globalisierungs-Kritikerinnen und -kritiker unter, nämlich vielfältig und engagiert gegen die ungerichteten sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung und gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren. Absolut unakzeptabel und verwerflich war für mich die Aussage von Polizeidirektor Kurt Wasserfallen, welcher Demonstrierendemit «Terroristen» gleichsetzte. Damit kriminalisierte er Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die ihr demokratisches Grundrecht ausübten und stellte somit das Demonstrationsrecht grundsätzlich in Frage. ■



2003: Das Jahr des Ausstiegs



Am 18. Mai entscheiden wir über die Zukunft der Atomenergienutzung in der Schweiz. Sagen Volk und Stände 2x Ja, schliesst sich die Schweiz dem europäischen Ausstiegs-Trend an, ist das Ergebnis ein doppeltes Nein, so steuern wir in eine energiepolitische Sackgasse.

Reto Hunziker, Präsident der WWF-Sektion Schaffhausen, früher jahrelang Mitglied von SGA und Bulletin-Redaktion

Blenden wir zurück: Im Jahr 1990 wurde die Moratoriums-Initiative gutgeheissen, die Ausstiegs-Initiative relativ knapp abgelehnt. Seither hat sich die Problematik der Atomenergienutzung kaum verändert, im Gegenteil: Zu den «alten» Problemen sind neue hinzugekommen.

Das Atommüllproblem ist nach wie vor ungelöst. Dabei stellt sich die Frage nach einer geologisch und gesellschaftspolitisch akzeptablen Lösung der Atommüll-Lagerung immer dringlicher. Der erste Schritt ist deshalb ein Ausstieg aus der Produktion zusätzlichen Abfalls.

Ein zunehmendes Risiko stellt die Alterung der Atomkraftwerke dar. Die Schweizer Atomkraftwerke wurden für eine Betriebszeit von 30 bis 40 Jahre ausgelegt. Drei der fünf Werke sind schon über 30 Jahre in Betrieb. Nach einer so langen Betriebszeit steigt die Gefahr von Unfällen aufgrund von Materialermüdungen (extreme Temperaturen, Druckbelastungen, Radioaktivität). Dazu kommt, dass die Sicherheitskonzepte der 60er und 70er Jahre heute als veraltet gelten und auch mit Nachrüstungen nur zu einem Teil auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden können. Folgerichtig fordert die Initiative «Strom ohne Atom» eine Abschaltung der drei ältesten Atomkraftwerke – Beznau 1, Beznau 2 und Mühleberg – innert zwei Jahren nach Annahme der Initiative (sowie 2009 von Gösgen und 2014 von Leibstadt).

Die Initiative «MoratoriumPlus» will den Baustopp für Atomkraftwerke verlängern und die Betriebszeit der bestehenden Anlagen auf 40 Jahre beschränken (Möglichkeit des fakultativen Referendums nach 40 Betriebsjahren).

Die Wiederaufbereitung ist hochrisikant (viele Pannen, gefährliche Transporte) und führt zu enormen Umweltbeeinträchtigungen (Verseuchung ganzer Landstriche und Gewässer). Aus diesem Grund fordert die Initiative «Strom ohne Atom» einen sofortigen Stopp der Wiederaufbereitung von Uran aus Schweizer Atomkraftwerken.

Sparen bei der Sicherheit

Die europäische Strommarkt-Liberalisierung erhöht den wirtschaftlichen Druck auf die AKW-Betreiber. Die Gefahr steigt, dass bei der Sicherheit Abstriche gemacht werden. Wie schnell bei Unachtsamkeit Katastrophen passieren können, zeigte der tragische Zusammenstoss zweier Flugzeuge am Bodensee vor einem Jahr.

Die Möglichkeit terroristischer Angriffe ist als neue Gefahrenquelle erkannt. Die Sicherheit der Schweizer Atomkraftwerke ist nicht auf einen Absturz eines grossen Passagierflugzeugs oder einen gezielten Angriff ausgelegt.

Atomenergie leistet mit rund sechs Prozent nur einen minimalen Beitrag zur weltweiten Energieproduktion und ist kein wirksames Mittel zum Klimaschutz. Die Windenergie wird Atomenergie bis im Jahr 2010 überholt haben.

Unfaire Kampagne der Gegner

Die Kampagne der Gegner hat kürzlich einen weiteren Dämpfer erhalten: Der TV-Spot «Jetzt ein Stromausfall» des Forums Stromversorgung Schweiz darf nicht mehr weiter ausgestrahlt werden. Im Dezember versuchte das Forum Stromversorgung Schweiz, hinter dem sich die eco-

nomiesuisse verbirgt, mit einer Inseratekampagne glaubhaft zu machen, die SBB sei auf 40 Prozent Atomstrom angewiesen. Dabei beträgt der Atomstrom-Anteil der SBB nur etwa 4 Prozent. Die SBB protestierten umgehend und verlangten den Stopp der unlauteren Inserate.

Skandalöse Kampagnen-Finanzierung

Der grösste Skandal ist jedoch, dass wir mit unseren Stromrechnungen die Gegenkampagne mitfinanzieren. Egal, ob wir für oder gegen Atomstrom sind. Demnach dürfte die Axpo-Gruppe mit den Atomstrom-Produzenten NOK, EGL, CKW und dem Aargauer Kantonswerk AEW 5,5 Millionen Franken an die Kampagne, die sich auf 12 bis 15 Millionen Franken beläuft, beisteuern. Dabei operiert die Gegnerschaft bewusst mit Halb- oder Unwahrheiten, wie mit dem bereits erwähnten SBB-Inserat. Auch die 60/40-Prozent-Argumentation (60 Prozent Wasserkraft, 40 Prozent Atomstrom) entspricht nicht den Tatsachen. Seit 1960 ist die Schweiz ununterbrochen Strom-Netto-Exporteurin. Der Anteil Atomstrom am Landesverbrauch beträgt im Schnitt der letzten fünf Jahre knapp 27 Prozent, im Schnitt der letzten drei Jahre gerade noch 24 Prozent.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Atomstrombefürworter argumentativ an Terrain verloren haben. Die bürgerlichen Parteien haben die Kampagne weitgehend an die economiesuisse delegiert; nur wenige Exponenten legen sich vehement gegen die Initiativen ins Zeug. Die ABB ist aus der AKW-Technologie ausgestiegen, kleinere Energieversorgungsunternehmen (die selber Strom aus Wasserkraft produzieren), sind in ihrem Engagement gegen die Initiativen zurückhaltend bis «abstinent». Zudem baut die Gegnerschaft auf die Wirkung von Schlagwörtern statt auf einen sachlichen Dialog. Doch diesmal könnte der Schuss nach hinten losgehen. ■



Seit 1990 sind die Mieten in der Schweiz um 35 Prozent gestiegen. Zug leidet besonders.

Wer soll das bezahlen?

Aus Mietersicht präsentierte sich der Entwurf des neuen Mietrechts als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» noch im Spätherbst 2002 als akzeptable, wenn auch nicht optimale Lösung. Mit der Abkoppelung der Mieten vom Hypozins, war das Hauptanliegen der Initiative erfüllt. Wieso kam es trotzdem zum Referendum?

Bea von Rotz, Co-Präsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Zug – Bild BULLETIN

Nachdem Ende November ein tauglicher Mietkompromiss bei nur mehr drei verbleibenden Differenzen noch möglich schien, erhielt das neue Mietrecht dann aber in der parlamentarischen Einigungskonferenz vom 13. Dezember 2002 eine für die Mieterinteressen untragbare Schlagseite. Mit der Zustimmung zu der (vom Hauseigentümerverband erst im Oktober eingebrachten) Handänderungsklausel wurde nebst der grosszügigen Erhöhungsmöglichkeit bei den Anfangsmieten eine weitere Möglichkeit geschaffen, die Mieten nach einer Handänderung auch in laufenden Mietverhältnissen, mit Berufung auf die Vergleichsmieten, jährlich um zehn Prozent zu erhöhen. Neben der Indexierung zu 100 Prozent wird die Kombination beider Erhöhungsmöglichkeiten (Anfangsmieten und Handänderungsklausel) die Mieten rasant ansteigen lassen.

Eine Kostenkorrektur ist vom Gesetz für den Fall einer Preisexplosion nicht

vorgesehen. Der damit automatisch verbundene Anstieg der Vergleichsmieten würde eine Mietzinsspirale auslösen, die angesichts der steigenden Belastungen der Miethaushalte sozial nicht verantwortbar ist. Seit 1990 sind die Mieten insgesamt um 35 Prozent gestiegen und bereits heute muss ein Fünftel aller Miethaushalte 25 bis 30 Prozent ihrer Gesamtausgaben für die Miete aufwenden.

«Ja zu fairen Mieten» ist die beste Lösung für Mieterinnen und Mieter

Bei dieser Ausgangslage kam für den Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) ein Kompromiss nicht mehr in Frage. Der SMV lancierte am 14. Dezember 2002 das Referendum gegen die Mietrechtsrevision und beschloss an der Initiative «Ja zu fairen Mieten» festzuhalten. Die Initiative ist für die Mieterinnen und Mieter nach wie vor die beste Lösung.

Die Anbindung der Mieten an einen über fünf Jahre «geglätteten Hypothekarzins» stellt sicher, dass Hypothekarzinsenkungen den Mieterinnen und Mietern im Gegensatz zu heute automatisch weitergegeben werden. Anfangsmieten dürfen nur noch an die durchschnittlichen statistischen Mieten von vergleichbaren Wohnungen angepasst werden. Damit wird die Preistreiberei bei Mieterwechseln unterbunden.

Die Initiative verbessert den Kündigungsschutz. Kündigungen sind nur noch bei gerechtfertigten Gründen möglich, und für diese ist – im Gegensatz zum heutigen Recht – der Vermieter beweispflichtig. Dadurch werden unge-

rechtfertigte und schikanöse Kündigungen verhindert, insbesondere solche, die nur deswegen ausgesprochen werden, um beim neuen Mieter einen höheren Mietzins zu verlangen.

Die Frist für das Referendum gegen die Mietrechtsrevision läuft noch bis zum 3. April 2003. Über die Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» wird am 18. Mai 2003 abgestimmt werden. Bei einer Annahme der Initiative wird der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments, wie auch ein allfällig zustande gekommenes Referendum hinfällig und der Bundesrat muss eine neue Mietrechtsrevision nach den Vorgaben der Initiative einleiten. Wird die Initiative am 18. Mai jedoch abgelehnt und ist das Referendum zustande gekommen, so wird das Volk, voraussichtlich im Februar 2004, über die vom Parlament verabschiedete Mietrechtsrevision abstimmen. Wird die Mietrechtsrevision des Parlaments vom Volk abgelehnt, bleibt das bisherige Mietrecht vom 1. Juli 1990 in Kraft.

Referendum zur Mietrechtsrevision unterschreiben

Da wir überzeugt sind, dass ein griffigerer Mieterschutz heute dringend notwendig ist, bitten wir alle die das Referendum noch nicht unterschrieben haben, dies noch nachzuholen und am 18. Mai der Initiative «Ja zu fairen Mieten» zum Durchbruch zu verhelfen. ■

Unterschriftenbögen können unter www.mieterverband.ch direkt heruntergeladen werden oder unter der Telefon 043 243 40 40 bestellt werden.

Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Am 18. Mai wird auch über ein neues Krankenkassenprämiensystem abgestimmt. Was bringt es uns, und welche neuen Aufgaben fallen dadurch dem Bund zu?

Manuela Weichelt-Picard, Alt-Kantonsrätin, Frische Brise Steinhausen

Im letzten Herbst habe ich nicht schlecht gestaunt, als ich von meiner Krankenversicherung die neue Police für das Jahr 2003 erhalten habe. Satte 13 Prozentsollte ich im kommenden Jahr mehr bezahlen. Jetzt reichte es, ich kündigte meine langjährige Versicherung und wechselte zu einer kostengünstigeren Kasse.

Ob ich dieses Spiel diesen Herbst wieder machen muss? Abgesehen von meinem Zeitaufwand ist der administrative Aufwand für die Versicherer aufgrund der Kündigungen und Neueintritte hoch und schlägt sich schlussendlich auch wieder auf unsere Prämien nieder.

Ich frage mich, wie eine kinderreiche Familie, eine erwerbslose Person oder meine Nachbarin mit einem Einkommen von 3000 Franken im Monat die Krankenversicherung überhaupt noch bezahlen kann. Ein paar Häuser weiter, an traumhafter Seelage, zahlt der Millionär mit hohem Einkommen die gleiche Prämie für seine Grundversicherung wie meine Nachbarin mit einem Lohn von 3000 Franken im Monat. Die Schweiz ist

das einzige Land in Europa, das einkommensunabhängige Krankenkassenprämien kennt.

Zwar hat die Schweiz 1996 die individuelle Prämienverbilligung eingeführt. Trotzdem ist es für viele Menschen in be-

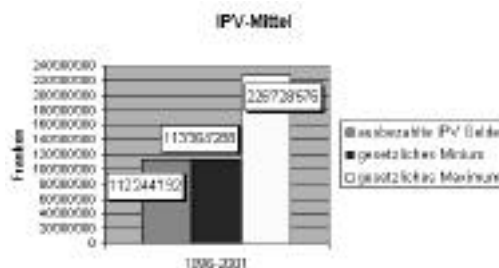
scheidenen finanziellen Verhältnissen keine Hilfe. Vielleicht bekommt der eine oder andere Zuger Haushalt dank der Prämienverbilligung eine finanzielle Unterstützung. Damit rechnen kann leider kein Haushalt, denn das Zuger Budget für die Prämienverbilligung sieht jedes Jahr wieder anders aus und hängt stark vom sozialem Gewissen der Mehrheit des Zuger Kantonsrates ab und nicht von der Höhe des Prämienanstieges.

Ja zur Gesundheitsinitiative

Am Abstimmungswochenende vom 18. Mai 2003 können wir unser unsoziales Krankenkassenprämiensystem ändern. Mit einem Ja zur Gesundheitsinitiative wird die obligatorische Krankenversicherung mindestens zur Hälfte durch die Beiträge der Versicherten finanziert, abhängig von deren Einkommen und realem Vermögen sowie unter Berücksichtigung der Familienlasten. Der Rest wird durch die Mehrwertsteuer finanziert.

Tiefere Prämien für 80 Prozent der Versicherten

Mehr als 80 Prozent der Versicherten wird weniger Prämien zahlen müssen. Alleinstehende Erwachsene werden bis zu einem steuerbaren Einkommen von rund 75 000 Franken entlastet, was einem Netto-Jahreslohn von rund 90 000 bis 100 000 Franken entspricht (Vermögen maximal 1 Million Franken). Eine Familie mit zwei Kindern und 80 000 Franken Bruttoeinkommen spart im Durchschnitt über 6000 Franken im Jahr. Selbst Familien mit einem steuerbaren Einkommen bis zu 200 000 Franken (Vermögen maximal 1 Million Franken) profitieren noch von einem Ja am 18. Mai 2003. Die Kinder werden wie fast überall in Europa gratis mitversichert. Die Mehrbelastung trifft vor allem Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen über einer Million Franken.



Prämienverbilligungen im Kanton Zug.



Prämienentwicklung pro erwachsene Person.

Neben der gerechteren Verteilung der Prämien bringt uns die Initiative auch eine Unterstützung, um eine weitere Kostenexplosion zu verhindern. Da wir im Krankheitsfall alle froh sind, dass sich die Medizin weiter entwickelt, müssen wir steigende Kosten in Kauf nehmen, aber nicht in diesem Ausmass. Die Initiative sieht eine Stabilisierung der Gesundheitskosten mit folgenden Massnahmen durch den Bund vor:

- Die Spitzenmedizin wird neu durch den Bund geplant. Fertig mit den regionalen und kantonalen Prestige-Objekten.
- Der Bund bestimmt Maximalpreise für medizinische Leistungen, inklusive Medikamente. Aufhören mit den Geschenken an die Pharmaindustrie, es geht auch günstiger.
- Der Bund sorgt für eine wirksame Qualitätskontrolle und erlässt Zulassungsbedingungen für LeistungserbringerInnen. Bei einem Überangebot kann zum Beispiel die Zahl der SpezialärztInnen reduziert werden, denn jede neue Praxis verursacht jährliche Kosten von mindestens einer halben Million Franken, die wir wiederum über unsere Prämien bezahlen.
- Der Bund greift bei überflüssigen Leistungen ein. Gemäss Fachleuten könnte auf 10 bis 15 Prozent aller Leistungen verzichtet werden. ■

Berechnen Sie Ihre neue Prämie nach dem Ja am 18. Mai 2003 gleich selbst:
www.gesundheit-sante.ch. Infos auf derselben Homepage oder unter 031 / 329 69 94.



Die alternative Gesundheitspolitikerin Manuela Weichelt-Picard.

Nein zu Privatisierung von Wasser und Strom

Das WEST, das gemeindeeigene Wasser- und Elektrizitätswerk Steinhausen, hat unsere Wasserversorgung und unser Stromnetz aufgebaut, laufend unterhalten und zukunftsgerichtet ausgebaut. Das WEST gehört uns, den Steinhauserinnen und Steinhausern. Das WEST gehört nicht verkauft.

Markus Burger und Urs Falk, Frische Brise Steinhausen – Bild Urs Falk

Wasser ist ein sehr kostbares Gut, das allen Leuten zur Verfügung stehen muss. Das WEST hat bisher den Nachweis erbracht, dass es Wasser in hervorragender Qualität zu einem vernünftigen Preis liefern kann. In Gebieten im Ausland, wo die Wasserversorgung privatisiert



WEST soll im Besitz der Gemeinde Steinhausen bleiben.

wurde, hatte diese Privatisierung stets einen erheblichen Preisaufschlag zur Folge. Die Mehrheit in Neuseeland zum Beispiel bereitete bereits die von der neoliberalen Regierung durchgepackten Privatisierungen von Strom und Wasser.

Wasser gehört allen

Das WEST bezieht 97 Prozent des Trinkwassers aus eigenen Quellen, die auf Steinhauser Boden liegen, und aus Quellen der Nachbargemeinde Uerzlikon. Unsere Wasserrechte sollten nicht verkauft werden, da Wasser nicht in private Hände gehört. Als abschreckendes Beispiel sei das Valser Wasser erwähnt, das inzwischen Coca-Cola gehört. Viele multinationale Konzerne versuchen, das Wasser unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dabei schrecken sie nicht davor

zurück, über die Welthandelsorganisation WTO zu versuchen, die Privatisierung des Wassers zu erzwingen.

Trinkwasser wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. Niemand kann garantieren, dass das Steinhauser Wasser uns SteinhauserInnen zugute kommt, wenn sich auf dem Markt anderswo höhere Preise erzielen lassen. Dies ist das Marktgesetz. Eigenes Wasser, und dies in hervorragender Qualität, sollten wir unter keinen Umständen aus der Hand geben. Ist die Wasserversorgung einmal nicht mehr im Gemeindebesitz, dann wäre ein Rückkauf sowohl sehr schwierig als auch sehr teuer.

Das WEST produziert selbst keinen Strom und es transportiert auch keinen Strom für Dritte durch sein Netz. Das WEST ist ein Verteilwerk, das von der zu erwartenden Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts in keiner Weise betroffen ist. Das WEST kann seine Dienstleistungen auch in Zukunft, in einem liberalisierten Markt, zu den gleichen Bedingungen wie heute erbringen. Wenn die Strompreise in Zukunft sinken, kann das WEST diese Preisreduktionen direkt an seine KundInnen weitergeben und gerät dadurch finanziell nicht unter Druck.

Eine Perle privatisieren?

Das WEST liefert heute Konzessionsgebühren sowie Gewinne an die Gemeinde ab und erbringt diverse Dienstleistungen zu sehr günstigen Bedingungen. Beim WEST handelt es sich offensichtlich um ein Unternehmen, das eine hohe Rendite abwirft. Es ist schlichtweg Unsinn, eine solche Perle zu privatisieren.

Das WEST ist ein moderner, kundenfreundlich geführter Betrieb mit einer zeitgemässen Infrastruktur. Das Elektrizitätsnetz wird von unabhängiger eidgenössischer Stelle zertifiziert. Diese bescheinigte eine hohe Qualität des Zustandes unseres Elektrizitätsnetzes. Grössere Investitionen werden gemäss dem Ge-

meinderat in den nächsten Jahren nicht erwartet. Das Unternehmerrisiko ist sehr klein. Ein Verkauf drängt sich auch aus dieser Sicht überhaupt nicht auf.

Ein Vertrag mit den WWZ sieht vor, dass die Strompreise während 10 Jahren nicht angehoben werden. Diese Klausel ist nicht bedeutend, da die Strompreise tendenziell eh sinken und die Tarifstrukturen von WWZ und WEST ähnlich sind.

Das WEST behalten

Solange das WEST im Besitz der Gemeinde bleibt, ist sein vorrangiges Ziel, Wasser und Elektrizität in hervorragender Qualität zu günstigen Preisen anzubieten. Wird das WEST privatisiert, könnte plötzlich eine hohe Rendite im Vordergrund stehen. Ob in einem solchen Fall die Infrastruktur weiterhin auf hohem Niveau gehalten wird, ist dann fraglich. Verlotterte Wasserleitungen sind das Letzte, was wir als Einwohnerinnen und Einwohner von Steinhausen brauchen. Wenn wir die Kontrolle über die Qualität des Wassers behalten wollen, dann muss das WEST in der Hand der Gemeinde bleiben, damit wir selber das letzte Wort über Investitionen und Preise haben.

Der Gemeinderat ist bis zur Eröffnung des Abstimmungskampfes von einem Kaufpreis von 30,5 Millionen Franken ausgegangen. Mindestens 7 Millionen Franken davon müssen aber an den kantonalen Finanzausgleich bezahlt werden. Der maximale Erlös für die Gemeindekasse wäre höchstens 23,5 Millionen Franken. Ebenso übersehen hat der Gemeinderat – wie sich anlässlich der Vororientierung der Parteien am 10. März herausstellte – dass der Gemeinde Steinhausen ein Abschreibungsbedarf in unbekannter Höhe verbleibt, weil in der Gemeinderrechnung Schulden des WEST zurückbleiben, welche die Käuferin nicht übernimmt. Der echte Erlös für die Gemeindekasse ist also viel geringer als vom Gemeinderat vorgegaukelt. ■

Schwere Jobsuche

Der Kanton Zug weist zusammen mit Zürich die höchste Arbeitslosenquote der Deutschschweiz auf. Aufgrund des Leistungsabbaus bei der Arbeitslosenversicherung werden in den nächsten Monaten viele von der Fürsorge abhängig, was deren Chancen auf einen Job zusätzlich mindert und die Gemeinden teuer zu stehen kommt.

Stefan Gisler – Bild SAH

Über 140 000 sind in der Schweiz erwerbslos, gegen 200 000 suchen eine Stelle. Zug hatte Ende Februar 2136 Arbeitslose, 2665 sind auf Jobsuche. Mit einer Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent liegt der «Wirtschaftskanton» weit über dem Landesschnitt von 3,9 Prozent.

Wenig Ausgebildete sind besonders betroffen – Ihnen bietet das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH Unterstützung. Edith Grüter, Stellenleiterin des SAH in Zug, leitet und organisiert Bildungskurse für Zuger Erwerbslose im Auftrag des VAM-Stellennetz in Zug. Das SAH führt seit 1993 die Bildungskurse für das VAM (Verein für Arbeitsmarktmassnahmen) durch. Ziel der Kurse ist die berufliche Wiedereingliederung von Erwerbslosen. Die Angebote richten sich an bildungsungeübte Menschen und umfassen Orientierungseminare für deutsch- und fremsprachige Erwerbslose, Deutschkurse, aktive Stellensuche und verschiedene Module wie PC-Kurse. Die rund 140 Erwerbslose in den halb-jährigen VAM-Programmen für vorübergehende Beschäftigung (PvB) haben Anrecht auf 34 Bildungstage. Das Angebot wird sehr gut genutzt.

BULLETIN: Frau Grüter, wer ist von der Arbeitslosigkeit in Zug betroffen?

Edith Grüter: Bei uns in den Kursen sind primär Menschen mit geringer Bildung, die seit Jahren im 2. Sektor bei ppc oder



SAH-Stellenleiterin Edith Grüter leitet einen Orientierungskurs für Erwerbslose.

Lego als Hilfskräfte gearbeitet haben. Zwei Drittel sind ausländischer, ein Drittel Schweizer Nationalität.

Stärker als zuvor sind gut Ausgebildete von der aktuellen Krise betroffen. Der Finanz- und Dienstleistungssektor in Zürich hat besonders gelitten. Da viele Entlassene in Zug wohnen, haben wir hier quasi eine importierte Erwerbslosigkeit.

BULLETIN: Wie präsentiert sich der heutige Arbeitsmarkt?

Edith Grüter: Der Arbeitsmarkt Zug ist ausgetrocknet, im Amtsblatt sind wenig Stellen ausgeschrieben. Generell ist mit einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit zu rechnen. Zudem verschwinden die Nischenarbeitsplätze, was die Chancen für wenig Ausgebildete stark mindert. Wir begleiten unsere Kursteilnehmenden bei der aktiven Stellensuche intensiv. Doch der Weg zurück in die Arbeitswelt ist schwierig.

BULLETIN: Wie gehen die Menschen in ihren Kursen mit der Situation um?

Edith Grüter: Unterschiedlich. Erwerbslosigkeit kann psychische oder gesundheitliche Probleme auslösen. Andere sehen die Situation als Chance und nutzen diese für eine berufliche Neuorientierung. So oder so werden an die Kursleitung hohe Anforderungen bezüglich Motivation, Einfühlungsvermögen und Bildungsvermittlung gestellt.

Fremdsprachige haben die Möglichkeit, spezielle Bildungseinheiten zu besuchen. Besonders die Deutschkurse sind gut besucht. Sie erhöhen nicht nur ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern sie können sich auch besser in Zug integrieren. Die Finanzierung solcher Integrationsleistungen lohnt sich. So sind weniger Ausländerinnen und Ausländer langfristig von staatlicher Unterstützung abhängig.

BULLETIN: Welchen Einfluss hat die Revision der Arbeitslosenversicherung?

Edith Grüter: Angesichts der steigenden Erwerbslosigkeit und der Rezession ist der Leistungsabbau bei der ALV nicht sinnvoll. Gesamtschweizerisch werden im Juli tausende von Erwerbslosen zusätzlich ausgesteuert. Gespart wird nichts. Die Kosten werden von der ALV an die Gemeinden übertragen. Dies trifft auch Menschen in Zug. «Was mache ich jetzt?» fragte erst diese Woche ein Tami-le, Vater von zwei Kindern, den SAH-Kursleiter konsterniert. Er hatte erfahren, dass er demnächst ausgesteuert wird. Der Sprung in den ersten Arbeitsmarkt ist als Sozialhilfeempfänger noch schwieriger. Es besteht die Gefahr des «Abrutschens» durch soziale Isolation, häufigeres Erkranken und langfristige Abhängigkeit von der Fürsorge, oft verbunden mit dem Fall unter die Armutsgrenze. Dies erzeugt zudem soziale und wirtschaftliche Mehrkosten für die öffentliche Hand.

Ja zur Lehrstellen-Initiative am 18. Mai

BULLETIN: Wie beurteilen Sie die Chancen der Jungen?

Edith Grüter: Die Krise hat schweizweit die Jungen am Stärksten getroffen. In Zug hat sich seit Mitte letzten Jahres die Erwerbslosigkeit bei den 15- bis 30-Jährigen beinahe verdoppelt. 530 waren Ende Februar ohne Arbeit. Lehrstellen oder den ersten Job danach zu finden, ist schwierig. Das Zuger Lehrstellenangebot ist zwar besser als in anderen Kantonen, doch oft bleibt den Jungen keine freie Berufswahl mehr. Es ist für Jungen besonders frustrierend, nicht arbeiten zu können. Mit einer frühen Erwerbslosigkeit kommt oft eine Negativspirale in Gang.

Nur noch 17 Prozent der Betriebe bilden in der Schweiz Lehrlinge aus. Es ist wichtig, in die Jungen zu investieren. Die Lehrstelleninitiative «lipa» fordert von der Wirtschaft mehr Verantwortung. Ein Ja am 18. Mai würde helfen, den Lehrstellenmangel zu lindern. ■



Aus-Lese

Von **Georgette Schmid**

Auch diesmal machen sich Bücher mit aktuellem Bezug auf meinem Lesetisch breit. Eigentlich hätte ich gern Reisebücher, also Positives, besprochen, doch erschienen einzelne Rezensionen entweder bereits in der Lokalpresse oder ich hörte im Radio Hinweise auf politisch interessante Neuerscheinungen, die meine Neugierde weckten. So handeln die ausgewählten Titel wie schon letztes Mal von Menschenschicksalen im Krieg. Auch wenn der Irak-Krieg zurzeit die öffentliche Diskussion beherrscht, möchte ich andere Konfliktherde beleuchten: Der Israel-Palästina-Krieg findet kein Ende, die fortwährenden Grausamkeiten in Tschetschenien werden verdrängt und von Verstößen gegen die Menschenrechte in Sri Lanka hören wir kaum etwas.



Die Tochter von Simon Peres, **Tsvia Walden-Peres**, interessiert sich als promovierte Psycholinguistin besonders für Sprachen und lernte arabisch, um die

«Nachbarn» besser kennen zu lernen. Ihr Buch trägt den Titel **«Die Sprache des Friedens»**. Sie schildert uns darin die Entstehung des Staates Israel, ihre Kindheit im Kibbuz und ihre Erfahrungen mit der neuen Rolle des Hebräischen als Alltagssprache. Die engagierte Frau setzt sich ein für Mehrsprachigkeit sowie für Verständnis und kulturelle Projekte zwischen Palästinensern und Israelis.



Nadja Odeh, Tochter einer deutschen Mutter und eines palästinensischen Vaters, studierte Islamwissenschaften und zeigt uns in ihrem Buch **«Palästinensisches Tagebuch»** den Alltag der Menschen im besetzten Land. Ihre Freunde und Bekannten geben uns Einblick, wie schwierig es ist, dort zu leben, wenn vom israelischen Militär Strassen gesprengt, Olivenbäume zerstört und Landflächen für neue Siedlungen enteignet werden. Viele Kranke sterben, weil Schikanen an den Checkpoints die Fahrt ins Spital verlängern oder verunmöglichen. Und doch können sich diese Menschen freuen an kleinen Dingen

und haben die Hoffnung auf Gerechtigkeit und Frieden noch nicht aufgegeben.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf zwei Bücher der Zugerin **Helen Keiser**, die den Nahen Osten schon vor Jahrzehnten bereist hat und das Leben dort packend zu schildern weiss. Es sind dies: **«Geh nicht über den Jordan»** und **«Die Oase»**.



In Sri Lanka spielt der Roman **«Anils Geist»** von **Michael Ondaatje** (er ist auch Autor von «Der englische Patient»). Die junge Rechtsmedizinerin Anil sucht mit einem Archäologen, einem Arzt und einem Künstler für eine Menschenrechtskommission Beweise, die zeigen sollen, dass die srilankische Regierung Menschen folterte und umbrachte. Unter schwierigen Umständen untersucht die Gruppe verschiedene Knochen und findet schliesslich die Wahrheit. Viele eindruckliche Szenen vermitteln uns Einblicke in die fernöstliche Kultur in Gegenwart und Vergangenheit. Die Spannung begleitet uns bis zur letzten Zeile.



«Die Wölfinnen von Sernowodsk» sind Reportagen der Slowakin **Irene Brezna**. Sie teilte das Leben mit tschetschenischen Frauen, ging mit ihnen über Minenfelder und forscht nach den Ursachen des Konflikts. Auf erschütternden Fotos sehen wir Spuren von Gräueltaten, die von russischen Soldaten verübt wurden. Die Autorin umschreibt die schrecklichen Vorgänge mit dem russischen Ausdruck «umu ne postischino», was so viel bedeutet wie «dem Verstand unbegreiflich».

Auch ichfragemich, wie solches geschehen kann, weshalb Menschen sich weltweit ständig Leid zufügen. Was können wir für Versöhnung und Frieden tun?

Literaturangaben

- **Tsvia Walden-Peres: Die Sprache des Friedens, Diederichs**
- **Nadja Odeh: Palästinensisches Tagebuch, Herder Spektrum**
- **Michael Ondaatje: Anils Geist, Hanser**
- **Irena Brezna: Die Wölfinnen von Sernowodsk, Quell-Verlag**

Veranstaltungen



Veranstaltungskalender

Jeden SO: Schweigegebet
19.00, Chiemattplatz, Steinhäusern. Während des Krieges.

1.-30. April: fermata
07.45-08.00, Liebfrauenkapelle, Zug. Wort Klang Stille für den Frieden.

SA, 5. April: Velobörse Baar
08.00- 15.00, Schulhausplatz Marktgasse, Baar. Anlieferung Velos: 08.00 - 11.00; Veloverkauf 11.00 - 14.00. Thailändisch essen 11.00 - 14.00 in der Rathaus-Schür. Organisator: VelOaseBaar.

DO, 3. April: Monatsbar
Ab 18.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

MI, 9. April: GV IG Velo Zug
19.30, Stadt- und Kantonsbibliothek (Dachraum). Zweiter Teil mit Bruno Birrer, Cham: humoristische Radreise-Erlebnisse.

DO, 1. Mai: Monatsbar
Ab 19.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA). Barbetrieb.

FR, 9. Mai: Jahresversammlung der SGA
18.00, ZALT, Bundesplatz 7 (vis-à-vis EPA), Zug. Zu Gast: Franziska Teuscher, Nationalrätin (Grünen Bündnis Bern). Anschliessend Nachtessen.

SO, 18. Mai: Abstimmungen
Stadt Zug: Referendum Nordzufahrt. National: 9 Vorlagen.

MO, 19. Mai: Jahresversammlung Asylbrücke Zug
19.00, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA). Ab 20.00: gemeinsamer Imbiss.

Generalversammlung Verein DAS BULLETIN



Schlanke GV – fette Disco

Von **Andreas Kuhn**

Der **Herausgeberverein des BULLETINS** traf sich am 21. März 2003 im Siebchsaal zur ordentlichen Generalversammlung. Im Anschluss dröhnte die nun schon traditionelle Oldies Disco bis weit nach Mitternacht.

Bruno Bollinger leitete die GV nachdenklich wie humorvoll: «Wir sind frustriert über den soeben ausgebrochenen Krieg, aber wir lassen uns nicht alles vermiesen.»

Die Rechnung schliesst mit einem Überschuss. Wie das Geld investiert werden soll, wurde gleich diskutiert: Ein Fonds für spezielle Recherchen, eine gute Digitalkamera. Entschieden wird erst später. Hier danken wir noch einmal allen, die das Jahresabo bezahlen oder sogar noch grosszügig aufrunden.

Ein neuer Präsident musste auch her. Bei der Gründung des Vereins vor zwei Jahren wurde vereinbart, dass das Präsidium rotiert. So wurde der ganze Vorstand bestätigt und **Andreas Kuhn** zum Präsidenten gewählt. Es wurde darauf verzichtet, den abtretenden Bruno Bollinger zum Ehrenmitglied zu ernennen. Der Verein ist dafür noch zu jung.

Martin Stuber aus der Redaktion gab unter Varia seiner Freude Ausdruck: «Mit der Neugründung des Herausgebervereines ist ein Traum in Erfüllung gegangen. Jetzt steht das BULLETIN langfristig auf stabilem Fundament.»

Der Herausgeberverein besteht aus Leuten aus den verschiedenen Regionen des

Kantons. Er unterstützt die Redaktion, indem er für die Finanzierung der vier Ausgaben sorgt.

Nach langjähriger, engagierter Mitarbeit wird **Gisela Hürlimann** das BULLETIN verlassen. Sie ist nach Bern gezogen. Die Redaktion sucht dringend drei neue motivierte MitarbeiterInnen.

Der Vorstand: Andreas Kuhn, Präsident; Dana Zumr, Kassierin; Arlene Wittenbach, Sekretärin; Marianne Aepli; Toni Kleimann; Walter Richner; Bruno Bollinger; Agatha Rüttschi-Blattmann. Revisorin: Anita Stadler.

Die **Oldies Disco** war wieder ein Erfolg. Die Tanzbeine und andere Körperteile schwangen und hopsten zu den von **DJ Antony** (alias Kleimann) eingeschobenen Discs. Wer eher diskutieren wollte, blieb im anderen Teil des Saales und war somit näher bei den exzellenten Sandwiches.

Spannende Freiwilligenarbeit im alternativen politischen Umfeld

Gesucht: Verstärkung der BULLETIN-Redaktion

Aufgaben: Organisieren, redigieren und evtl. verfassen von Texten.

Aufwand: 8 Redaktionssitzungen pro Jahr (2 pro Ausgabe) plus einige Stunden «Heimarbeit».

Kontakt:
Stefan Gisler: 041 710 09 80;
weissgisler@access.ch

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 1, März 2003, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@ch.inter.net

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Elisabeth Höfliger

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress, Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier.

Auflage: 1500Ex.

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Unterstützungsabo: Fr. 50.- Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 2/2003. Redaktionsschluss: Freitag 14. Juni 2003; Erscheinungsdatum: Donnerstag 27. Juni 2003

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch

AZB 6304 Zug

Adressberechtigungen melden: SCA, Postfach 4805, 6304 Zug

FRI